



Gute Arbeit
kannst du wählen!



Betriebsrats-
wahlen

SCHULE

Untergang einer Gesamtschule

BERUFLICHE SCHULEN

Europapraktika

RECHT & TARIF

Ausländische Lehrkräfte

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ... 3-5

TITEL

 Nicht ohne Betriebsrat *Andreas Kraft* 6

SCHULE

 Ein unfassbarer Untergang *Eckhard Rieke* 10

 Mal wieder über Bildung reden *Thomas Isensee* 12

 Europapraktika in der beruflichen Bildung *Dirk Zellmer* 13

 WAT statt Arbeitslehre *Manfred Triebe* 15

HOCHSCHULE

 Hochschulverträge unterzeichnet *Folker Schmidt* 16

 Eine Gedächtnislücke *Matthias Burchard* 17

SOZIALPÄDAGOGIK

 Kabbelige See *Herwig Grote* 19

GEWERKSCHAFT

 Frischer Wind und alte Ansprüche *Peter Sinram* 20

 Ein fast vergessenes Leben *Eleonore Kujawa* 21

 Das Bildnis des Dorian Gray *Kultur AG* 23

RECHT & TARIF

 Gefeiert wird erst später *Musa Özdemir/Gerhard Weil* 24

 Ansprüche schriftlich geltend machen *Katja Metzig* 25

Kurzmeldungen 26

GLOSSE

 Ying, Yang und mein persönliches Hamsterrad *Ricardo Zeh* 27

BÜCHER

 Schulführer Berlin *Peter Sinram* 28

SERVICE

 Jugend im Museum *Gabriele Schäfer* 30

 Interaktive Suchtprävention *Oliver Riemer* 31

Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

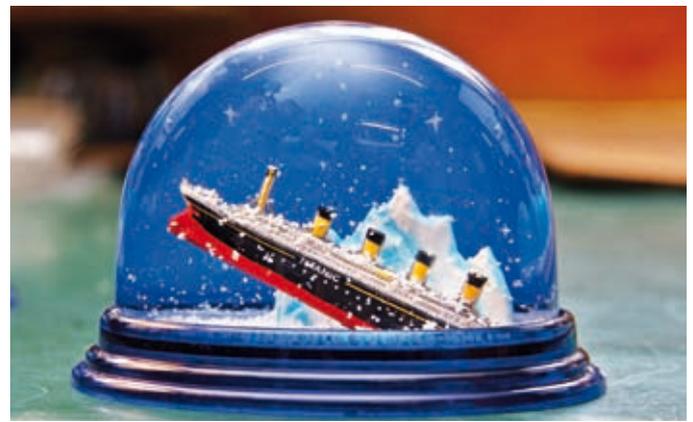
IMPRESSUM

 Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
 Redaktion: Sigrüd Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredak-

 tion), Ricardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
 Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49,
 E-Mail blz@gew-berlin.de
 Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

 Satz, Layout und Konzept:
 bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
 Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
 Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
 ISSN 0944-3207

2/2010: 22.000



10 SCHULE Die Thomas-Mann-Gesamtschule will Gymnasium werden. Trend oder Einzelfall? Eckhard Rieke, langjähriger Kollege dort und überzeugter Anhänger der Gesamtschulidee, zeigt, wie es zu dieser Verunsicherung kommen konnte.



16 HOCHSCHULE Lange Zeit wurde zwischen Staat und Hochschulen des Landes Berlin um das Geld für die nächsten Jahre gestritten. Was dabei rausgekommen ist und warum sich trotz Zusagen anlässlich des studentischen Streiks im letzten Jahr fast nichts ändert, ist auf Seite 16 nachzulesen.



20 GEWERKSCHAFT Die Berliner Schulen können ihren Unterricht zunehmend nur noch mit FristverträgerInnen aufrechterhalten. Die laufenden Einstellungsverfahren zeigen: PKB bedeutet Chaos.

LEUTE

André Schindler ist der alte und neue Vorsitzende des Landeselternausschusses. Das konnte auch Christian Füller, profiliertes Bildungsjournalist der taz, mit seinen gewohnt deftigen Worten nicht verhindern. Unter dem Titel »Wählt Schindler ab!« argumentierte er in der taz vom 8. Januar: »Enttäuschte politische Hoffnungen, die er mit seiner gescheiterten Bildungspartei begraben musste, rechtfertigen nicht, Berlins Eltern zur Geisel eines verletzten Ego-manen zu machen.«

Jörg Steinbach heißt der neue Präsident der Technischen Universität Berlin. Damit hat sich überraschend an der TU der Kandidat durchgesetzt, der für mehr Demokratie an der Hochschule steht. Steinbachs Gegenkandidat Martin Grötschel war mit dem Ziel angetreten, den Exzellenzkurs der Universität zu stärken. Grötschel hatte noch im Kuratorium der TU eine Mehrheit, konnte sich aber im Erweiterten Akademischen Senat, dem Wahlgremium der TU, nicht durchsetzen.

Dieter Lenzen ist zum neuen Präsidenten der Hamburger Universität gewählt worden. Dem langjährigen Präsidenten der Freien Universität Berlin weht aber schon vor seinem Amtsantritt ein scharfer Wind entgegen: In einer Resolution der Studierenden vom 23. November heißt es, Lenzen sei gegen »massiven und begründeten öffentlichen Widerstand hektisch« durchgedrückt worden.

Harald Martenstein, satirischer Leichtmatrose der *Zeit* und des *Tagesspiegel*, reicht es nicht mehr, mal seichtere, mal tiefere Gewässer der Alltagsphilosophie unter dem milden Wind des miesepetrigen Tonfalls zu befahren. Bildungsexperte muss er werden. Er begibt sich ohne Not in raue See, ausgerüstet mit brüchigem Material vom Philologenstammtisch, nostalgischer Verklärung der Vergangenheit und einem sehr schlichten Sozialdarwinismus: Eltern sollen an ihre eigenen Kinder denken, nicht an die der anderen – und das Gymnasium soll freigehalten werden von jenen, die nur Ballast sind auf dem Weg nach oben. Ohnehin sei »Bildung für zehn oder fünfzehn Prozent der Bevölkerung objektiv wertlos geworden«, darf M. im *Tagesspiegel* schwadronieren. ■



FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Handwerker in die Kitas?!

Jürgen Zöllners Vorschlag zur Behebung des Fachkräftemangels

von Klaus Schroeder, Leiter des Referates Jugendhilfe und Sozialarbeit

Ist das nicht schön? Die Kolleginnen in den Kindertageseinrichtungen oder Schulen werden die Fachkräfte für alles Technische direkt vor Ort haben! Niemand muss mehr endlos auf einen Hausmeisterservice warten, da der tropfende Wasserhahn neben (oder während?) der qualifizierten sozialpädagogischen Arbeit des Ex-Handwerkers sofort repariert wird!

Spaß beiseite: Spätestens im April dieses Jahres müssen 900 bis 1000 Stellen in Kitas und Schulen mit qualifizierten ErzieherInnen besetzt sein. Vor einem guten Jahr hat die GEW BERLIN vor dem schon damals zu erwartenden Fachkräftemangel in Kitas und Schulen gewarnt – die Senatsverwaltung hat noch Anfang 2009 behauptet, es gäbe diesen Mangel nicht und er sei auch nicht zu erwarten.

Senator Zöllner hat nun zum Jahresbeginn 2010 mitgeteilt, dass er zur Bewältigung des Erzieher-Fachkräftebedarfs QuereinsteigerInnen unter anderem aus handwerklichen Berufen für die Kitas (und auch die Schulen?) anwerben möchte. Dieses sei nach Zöllner keine Notlösung, sondern biete pädagogisch sinnvolle Möglichkeiten, Erfahrungen unterschiedlicher Menschen für die sozialpädagogische Arbeit mit den Kindern zu nutzen. Auch wenn hier nicht pauschal bestimmten Menschen die Befähigung für einen qualifizierten Umgang mit Kindern abgesprochen werden soll, ist Zöllners Vorhaben sehr kritisch zu sehen.

Die Anforderungen der sozialpädagogischen Tätigkeit in der Kita und der Schule (Stichwort Bildungsprogramme) haben sich enorm verändert. Eine akademische Ausbildung, um perspektivisch eine höhere Qualifizierung der ErzieherInnen zu erreichen, ist hier der richtige Weg. Dequalifizierung oder Aufspaltung des Berufsfeldes in verschiedene

»Haupt- und Hilfstätigkeiten« für Erzieherinnen mit staatlicher Anerkennung, AssistentInnen, PflegerInnen, HelferInnen, Unausgebildete oder Teilausgebildete sind genau die falschen Wege.

Die besonderen Erfahrungen von Menschen, die andere als einschlägige sozialpädagogische Ausbildungen haben, können in den Kitas oder den Schulen durchaus zusätzlich sinnvoll genutzt werden. Es kann in der Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte ergänzend und bereichernd sein, handwerkliche, künstlerische oder sonstige Fähigkeiten in den Alltag der Kita oder Schule zu integrieren.

Darum geht es hier allerdings nicht: Die »QuereinsteigerInnen« sollen nach bisheriger Kenntnis nicht zusätzlich in den Einrichtungen arbeiten, sondern als sozialpädagogische Fachkräfte. Hier muss die Voraussetzung sein, dass vom bisherigen Ausbildungsniveau keine Abstriche gemacht werden. Es muss gesichert sein, dass Personen in berufs begleitender Ausbildung nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden.

Das Grundproblem des ErzieherInnenberufs bearbeitet Senator Zöllner wiederum nicht: ErzieherInnen sind gemessen an ihren Aufgaben notorisch unterbezahlt und sie arbeiten in gesundheitlich belastenden Situationen oftmals gegen ihren Willen in Teilzeit und/oder befristeten Arbeitsverhältnissen.

Hier endlich einmal sinnvoll zu agieren als zuständiger Senator, heißt, den ErzieherInnen unbefristete Vollzeitverträge anzubieten und das Gehalt deutlich zu erhöhen. Die zurzeit in Berlin laufenden Tarifverhandlungen bieten Zöllner eine Chance, sich endlich einmal deutlich dafür auszusprechen. Perspektivisch ist das ein probates Mittel gegen den wachsenden Fachkräftemangel. ■



Aktion der Kampagne für fünf Mahlzeiten mit Obst und Gemüse »5 am Tag«: Verteilung von Clementinen an der Helmuth-James-von-Moltke-Grundschule in Berlin am 6. Januar 2010. Im Rahmen der Aktion versorgen der Fruchthof Berlin und der Berliner Großmarkt vier Charlottenburger Grundschulen mit Obst.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Schritt sein. Diese Verlängerung bietet keine langfristige Perspektive – weder für die Beschäftigten noch für die Schulen. Alle wissen, dass die KollegInnen dauerhaft benötigt werden.« Angesichts des Angebots an die befristet beschäftigten Lehrkräfte auf unbefristete Weiterbeschäftigung ab dem Schuljahr 2010/11 merkte die Landesvorsitzende an: »Für die ErzieherInnen gelten haargenau die gleichen Bedingungen. Wir erwarten deshalb, dass sie vor Auslaufen ihrer Fristverträge ein gleiches Angebot bekommen – und nicht erst, wie jetzt, zwei Wochen vor Ende des Fristvertrags.«

Schulstrukturreform beschlossen

Das Abgeordnetenhaus hat am 14. Januar den gesetzlichen Weg für eine weitreichende Schulreform freigemacht. Berlin wird neben den Sonderschulen nur noch zwei Oberschularten kennen, das Gymnasium und die Integrierte Sekundarschule. Gegenüber der Presse begrüßte die Vorsitzende der GEW BERLIN, Rose-Marie Seggelke, diese Reform als »wichtigen Schritt in die richtige Richtung«. Sie wies aber auch darauf hin, dass noch einiges zu erledigen ist: »Senator Zöllner muss die Zeit bis zu Beginn des Schuljahres 2010/11 dazu nutzen, die verunsicherten Eltern von den Vorteilen der Integrierten Sekundarschule zu überzeugen. Und er muss die KollegInnen mitnehmen, die die Reform schließlich umsetzen sollen. Das heißt ganz konkret: Die künftigen Integrierten Sekundarschulen brauchen jetzt vor Ort zusätzliche Ressourcen um tragfähige Konzepte zu entwickeln.«

Wer verdient was?

Die Zeitschrift »Stern« hat in der Ausgabe 2/2010 eine Einkommensliste veröffentlicht, in der das Einkommen 2008 mit dem Jahr 1990 unter Einbeziehung der Inflationsrate verglichen wird. Danach stehen die Ärzte mit 6.400 Euro Bruttomonatsverdienst an der Spitze, obwohl sie 50 Prozent weniger als 1990 verdienen. Gymnasiallehrer stehen mit 4.010 und 4 Prozent Verlust in der Liste, alle anderen Lehrkräfte mit 3.160 Euro (-21 Prozent). Sozialarbeiter erhalten danach 2.820 Euro (-18 Prozent), Erzieher 2.260 (-5 Prozent). Handwerker verdienen da einiges mehr: Werkzeugmacher 2.570 Euro, Klempner 2.510 Euro, Maler 2.420 Euro. ■

Erste Wirkungen des Streiks der Studierenden

Der Bildungsstreik der Studierenden hat in Berlin erste Wirkungen gezeigt: An der Freien Universität (FU) werden ab sofort die Anwesenheitslisten ausgesetzt, auch an der Humboldt Universität (HU) erreichten die Studierenden eine Aussetzung der Anwesenheitskontrollen. Die Abschaffung der Anwesenheitspflicht ist neben der generellen Überarbeitung der Bachelor- und Masterstudiengänge eine wichtige Forderung des Streiks. Die Studierenden planen, den Bildungsstreik auch im Sommersemester fortzusetzen. In Berlin sind vom 15. Februar bis 9. April Semesterferien.

Berlin in der Offensive bei der Ausbildung von Jung-Lehrkräften

Diese Überschrift trägt eine Presseerklärung der Senatsbildungsverwaltung vom 12. Januar 2010. Berlin wirke, so heißt es weiter in der Presseerklärung, mit einem strategisch sinnvoll abgestimmten und breit gefächerten Maßnahmenkatalog einem drohenden bundesweiten Mangel an Lehrkräften in den kommenden Jahren entgegen. Berlin ha-

be die Bezahlung für die angestellten Berliner Lehrkräfte seit dem 1. August 2009 und damit die Konkurrenzfähigkeit deutlich verbessert. Die Zahl der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst – sprich Referendariat – werde 2010 auf 2.200 gesteigert. Auch die Kapazitäten an den Universitäten würden bis einschließlich 2012 pro Jahr um 150 erhöht werden. Die gezielte Werbung von SchülerInnen und StudentInnen mit Migrationshintergrund für die Aufnahme eines Lehramtsstudiums werde verstärkt, um den Anteil der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Verlängerte Befristungen bei ErzieherInnen

Die Warnungen der GEW BERLIN und die Meldungen aus den Schulen über drohenden Personalmangel haben zu ersten kleinen Erfolgen geführt. Sowohl die Verträge der befristet beschäftigten ErzieherInnen als auch die befristeten Aufstockungen werden bis zum 31. August 2010 verlängert. In einer Presseerklärung kommentierte die Berliner Landesvorsitzende der GEW, Rose-Marie Seggelke: »Das kann nur ein erster

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

»Kinder in Berlin«, Dezember-blz

In der Abbildung 3 in »Kinder in Berlin« von Dietrich Delekat ist meiner Ansicht nach eine Ungenauigkeit durchgegangen, die auf mich leicht diskriminierend wirkt. Während in der Darstellung »Soziale Schichten nach Herkunft...« durchgängig staatliche Gliederungen benannt werden (außer »Kreuzberg«), heißt es aber auch »Araber«, womit auf Personengruppen und anscheinend nicht auf deren Herkunft abgehoben wird. Oder? Für mich stellen sich sofort diverse Fragen: Ist »arabische Staaten« gemeint? Wenn ja, sind dann mit »Araber« nicht-arabische Minderheiten ausgeklammert oder einfach unter die Mehrheiten subsumiert? Hebt »Araber« auf Abstammung ab? Warum im Vergleich zu den anderen angegebenen Zahlen? Sind unter »Araber« auch arabische Einwanderer in Deutschland, womöglich auch solche mit deutscher Staatsangehörigkeit, subsumiert? Auf Grundlage welcher Statistiken? Ich erlebe leider immer wieder und viel zu häufig, dass in Kreuzberg und Neukölln für viel zu viele Leute das Wort »Araber« einem Schimpfwort gleichkommt, bis hin zu der Variante »Araberfreund«, was für manche Leute wohl »das Letzte vom Letzten« darstellt. *Ralf Heinemann*

»Übrigens« und »Albert Schweitzer«, Dezember-blz

Basisdemokratische Redaktionssitzungen sollten doch wohl unhintergehbare Grundlagen wie »Gewerkschaftszeitung ohne Rassismus« haben, oder? Mit Diversity lässt sich der Artikel »Deutschfeindlichkeit in Schulen« daher nicht wegbügelnd rechtfertigen. Und nun findet sich gleich der nächste unkritische Artikel im Kontext von Rassismus in der blz. Hätten sich die AutorInnen des lobenden Artikels zu Albert Schweitzer einmal mit seinen Texten auseinandergesetzt, wären sie etwa auf folgende Textstelle gestoßen: »In welcher Weise mit dem Farbigen verkehren? Soll ich ihn als gleich, soll ich ihn als unter mir stehend behandeln? Ich soll ihm zeigen, dass ich die Menschenwürde

in jedem Menschen achte. Diese Gesinnung soll er an mir spüren. Aber die Hauptsache ist, dass die Brüderlichkeit geistig vorhanden ist. Wieviel sich davon in den Formeln des täglichen Verkehrs auszudrücken hat, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Der N.... (ich weigere mich, das Wort zu schreiben: A.A.-H.) ist ein Kind. Ohne Autorität ist bei einem Kinde nichts auszurichten. Also muss ich die Verkehrsformel so aufstellen, dass darin meine natürliche Autorität zum Ausdruck kommt. Den N.... gegenüber habe ich dafür das Wort geprägt: »Ich bin Dein Bruder; aber dein älterer Bruder.« (Albert Schweitzer: Zwischen Wasser und Urwald, München 1949, S. 110) Wenn man diese Seite Schweitzers weglässt, dann verdammt man die SchülerInnen.

Astrid Albrecht-Heide

Deutschenfeindlichkeit in der Schule, November-blz

Wenn Sie ein paar Sachbücher über den Rassismus lesen würden, würden Sie sehen, dass Sie eingefleischte Rassisten sind. Was meinte Goebbels? Nie gehört? Ihr seid echt unmöglich.

Kazim Özdogan

blz-Artikel informieren nicht

Seit Jahren stapeln sich die E&W sowie die blz bei mir, größtenteils ungelesen, weil das Lesen meist mit einem Ärgernis endet. Und zwar immer dem gleichen! So wird in Heft 1/2010 großspurig angekündigt: »Die neue Studentafel«. Und was finde ich darüber? Nichts, worüber ich mir selbst eine Meinung bilden kann. Es wird nur eine Meinung abgedruckt, die beiden neuen Studentafeln zum Vergleich nicht. Muss ich mich also wieder um Darstellungen in den inoffiziellen Senatsinfoblättern wie *Tagesspiegel* oder *Berliner Zeitung* sachkundig machen? Oder gar bei der Konkurrenz *VBE aktuell*, wo ich immer die Inhalte finde, die mir die GEW-Blätter nicht liefern?

Ein weiteres Beispiel mit derselben Kritik im gleichen Heft: Da wird auf Seite 3 die interessante Information meines vermutlichen Klassenkameraden aus Berlin, Klaus Bullan, (seit 40 Jahren nicht gesehen) veröffentlicht: »Altersentlastung für Lehrkräfte«. Auch hier fehlt Sachinformation, beispielweise wie hoch eigentlich die Stundenverpflichtung in Hamburg ist. *Klaus Fettke*

Titelbild der Januar-blz

Ich habe sieben Jahre an der Berliner Berufsschule für Speditionskaufleute und dreißig am Oberstufenzentrum für Verkehr, jetzt OSZ Lotis, mit Freude unterrichtet. Leider habe ich aus dieser Zeit kein einziges Foto von meinen SchülerInnen. Dank des gewählten Titelbildes der Januarausgabe 2010 habe ich nun ein schönes Erinnerungsbild von meinen »Kunden«.

Joachim Dillinger

BEITRAGSQUITTUNG 2009

Bitte die Beitragsquittung 2009 für das Finanzamt der mitgelieferten Bundeszeitschrift *Erziehung und Wissenschaft* entnehmen. Sie muss dort aus der hinteren Umschlagseite herausgetrennt werden. Prüft bitte, ob die persönlichen Daten noch stimmen, und teilt Änderungen der GEW BERLIN mit. Mit der Quittung wird auch der Mitgliedsausweis verschickt. Auf dem Ausweis befindet sich die Mitgliedsnummer, die beispielsweise für den Zugang zu Mitgliederinformationen auf der Internetseite der GEW BERLIN benötigt wird.

ÜBRIGENS

Das wird ein ereignisreiches Jahr! Zunächst steht ein Tarifabschluss mit dem Berliner Senat an; die bisherigen Verhandlungen sind äußerst zäh verlaufen. Dann kommt mit dem neuen Schuljahr der Start der Sekundarschule. Auch hier ist bezüglich der Ausstattung noch längst nicht alles geklärt. Es wird viel zu berichten geben.

Seit einem Jahr erscheint die blz mit einem vierfarbigen Umschlag und einem kleineren Format. Die Redaktion findet die Umgestaltung gelungen – auch wenn wir unsere Idee mit dem neuen Namen nicht umsetzen konnten. Und was sagen unsere LeserInnen dazu? Da hätten wir gerne etwas mehr Rückmeldung.

Größtenteils begeisterte Zustimmung findet der blz-Jahreskalender, der jetzt wieder sein gewohntes Aussehen hat. Die heftige Kritik am Kalender im letzten Jahr hat also gewirkt – die Basisdemokratie lebt. *KW*

Redaktionsschluss blz 3/2010: 25. Februar 2010

Redaktionsschluss blz 4-5/2010: 5. März 2010



Nicht ohne Betriebsrat

2010 ist das Jahr der Betriebsratswahlen

von Andreas Kraft, Mitglied der blz-Redaktion und Betriebsrat



FOTO: PRIVAT

Andreas Kraft

In der heutigen Arbeitswelt werden die Interessen der abhängig Beschäftigten mehr und mehr in die hintersten Reihen verdrängt, Priorität haben Wertschöpfung, Profit, Rentabilität und Shareholder-Value. Wer glaubt, dass davon nur Unternehmen der freien Wirtschaft betroffen sind, der irrt. Im sogenannten dritten Sektor, dem Tätigkeitsfeld der freien Träger und Wohlfahrtsverbände, herrschen mittlerweile die gleichen Zustände.

Trotz der zahlreichen Probleme gibt es bei vielen freien Trägern keine Betriebsräte. Oft ist zu hören: »Ach, wir brauchen keinen Betriebsrat, wir regeln

das schon selber. Schließlich kennen wir unseren Chef schon ewig und sind per du.« Oder: »Einen Betriebsrat können wir uns nicht leisten, der ist zu teuer und außerdem darf ich dann die Arbeit für die Kollegen des Betriebsrats mitmachen.« Viele Arbeitgeber schüren mit diesen Pseudoargumenten eine Antistimmung gegen Betriebsräte und verhindern so erfolgreich Betriebsratswahlen. Und das, obwohl Studien belegen, dass Unternehmen mit Betriebsräten in der Regel erfolgreiche Unternehmen sind. Gerade in Zeiten der Krise sind Betriebsräte wichtige Garanten für die Rechte der Kollegen. Ein

Betriebsrat hat aber auch immer das Wohl des Unternehmens im Auge, unter anderem sind deshalb so viele Unternehmen in Deutschland bisher so gut durch die aktuelle Wirtschaftskrise gekommen.

Bei den freien Trägern gibt es einige starke Betriebsräte, zum Beispiel bei der Lebenshilfe gGmbH (LH), die vielfältige Dienstleistungen für Menschen mit einer geistigen Behinderung anbietet. Die LH beschäftigt zurzeit 860 KollegInnen, von denen viele gewerkschaftlich organisiert sind, die Mehrzahl bei der GEW. Dieser Betriebsrat hat es unter anderem geschafft, die Ausgliederung des betreuten Einzelwohnens (über 90 Kollegen) und den Einsatz von 1-Euro-Kräften zu verhindern. Die KollegInnen der LH wissen, was sie an ihrem Betriebsrat haben und deshalb ist die Wahlbeteiligung bei Betriebsratswahlen hoch. In der LH konnte ein Streik erfolgreich durchgeführt werden, weil der Organisationsgrad hoch ist und die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft gut funktioniert. An der monatlichen Betriebsräterunde der GEW BERLIN nehmen regelmäßig über 25 Betriebsräte freier Träger der Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit teil, die sich auch erfolgreich für ihre KollegInnen einsetzen und Mitglieder der GEW sind. Diese Beispiele sollten vielen KollegInnen Mut machen, einen Betriebsrat zu gründen.

Zu wenig Betriebsräte

Die Gewerkschaften haben die Vertretung der Arbeitnehmer durch Betriebsräte durchgesetzt, damit sie mitbestimmen können. Dieses Recht wurde hart erkämpft. Der Gesetzgeber hat 2001 das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) geändert, um unter anderem Betriebsratswahlen zu erleichtern. Es war also erklärter Wille des Gesetzgebers, dass möglichst viele Betriebsräte gewählt werden –, auch wenn Teile der neuen Koalition das heute vielleicht anders sehen. Es ist kaum zu verstehen, dass es in vielen Betrieben keinen Betriebsrat gibt, da das BetrVG in Betrieben ab 5 Wahlberechtigten die Wahl eines Betriebsrats vorsieht. Die Gründe, keinen Betriebsrat zu wählen, sind sehr vielfältig und reichen von Angst vor Repressalien und Arbeitsplatzverlust bis hin zu fehlendem Engagement. Sie zeigen, dass es in der Arbeitswelt nicht automatisch demokratisch, gerecht und menschenwürdig zugeht. In diesem Jahr finden die Betriebsratswahlen turnusgemäß statt, diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um möglichst viele neue Betriebsräte zu gründen.

Vorteil Betriebsrat

Wenn ein Betriebsrat besteht, muss dieser vom Arbeitgeber in organisatorischen, wirtschaftlichen und personellen Angelegenheiten beteiligt werden, zum Beispiel bei Kurzarbeit, Betriebsurlaub, Kündigungen und sogar bei Betriebseinschränkungen

oder Stilllegungen. Der Betriebsrat kann Kündigungen widersprechen und bei der Kurzarbeit oder beim Zwangsurlaub ein Wörtchen mitreden. Er kann diese sogar ablehnen oder aber Forderungen stellen. Er hat die Einhaltung der Gesetze zu überwachen. Bei Massenentlassungen muss der Betriebsrat ebenso beteiligt werden wie bei Fusionen und Spaltungen. Müssen Arbeitsplätze abgebaut werden, geht dies nicht am Betriebsrat vorbei. Gerade in der Krise ist es daher überlebenswichtig, einen Betriebsrat zu haben. Nicht jedem jammernden Arbeitgeber geht es wirklich schlecht. Gerade in der Krise segeln manche unter falscher Flagge und reduzieren Belegschaft und Löhne ohne Not. Nur



der Betriebsrat kann alle Informationen verlangen, um die wirkliche wirtschaftliche Situation des Unternehmens zu überprüfen. Der Belegschaft wird der Vorstand wohl eher nicht die Bilanzen vorlegen, oder?

Selbst wenn der Betrieb ganz stillgelegt wird, hat der Betriebsrat mitzubestimmen und kann einen Sozialplan verlangen. Ohne Betriebsrat gibt es keinen Sozialplan und damit auch keine verbindliche Abfindung ohne Klage. Und auch in der Insolvenz kann der Betriebsrat noch viel für die Belegschaft tun.

Viele Unternehmen versuchen durch Serien von Vier-Augen-Gesprächen ältere Mitarbeiter oder sogenannte leistungsgeminderte Arbeitnehmer loszuwerden. Zu Gesprächen mit dem Arbeitgeber können Arbeitnehmer keinen Anwalt hinzuziehen, aber ein Betriebsratsmitglied ihres Vertrauens, sodass sie dann einen Zeugen haben. Ein Gespräch im Beisein eines kompetenten Betriebsrats läuft ganz anders ab.

Der Betriebsrat bestimmt mit bei Versetzungen, auch Strafversetzungen und anderen Sanktionen. Nur mit einem Betriebsrat sind dem freien Schalten und Walten Grenzen gesetzt. Der Betriebsrat hat gleichberechtigt mitzubestimmen, zum Beispiel bei Regeln zu Zielvereinbarungen und Krankengesprächen, Raucher- und Alkoholverbot, Parkplatzordnung oder Radio- und TV-Nutzung während der WM.

Betriebsratsmitglieder dürfen weder benachteiligt noch begünstigt werden. Betriebsratsmitglieder können den Mund aufmachen und Forderungen stellen, ohne Angst vor Retourkutschen haben zu müssen, denn das Gesetz stellt sie unter einen be-

sonderen Kündigungsschutz. Ihre Entlassung ist nur nach vorheriger Zustimmung des Betriebsrats oder Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht zulässig. Betriebsratsmitglieder haben Anspruch auf Arbeitsbefreiung, als Betriebsratsmitglied muss man also keine Angst haben, seine Freizeit opfern zu müssen. Sicherlich ist Betriebsratsarbeit nicht leicht, und weil noch kein Meister vom Himmel gefallen ist, haben Betriebsratsmitglieder das verbrieftete Recht auf alle Fortbildungen, die sie benötigen.

Wählen, wie geht das?

Es gibt also viele gute Gründe einen Betriebsrat zu wählen, aber wie geht das?

Zuerst braucht man Kandidaten, diese müssen wahlberechtigt sein und seit sechs Monaten dem Betrieb angehören. Nach Paragraph 15 Abs. 2 BetrVG muss außerdem das Geschlecht, das in der Belegschaft in der Minderheit ist, mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein, wenn dieser aus drei oder mehr Betriebsratsmitgliedern besteht. Der Betriebsrat sollte sich zudem möglichst aus ArbeitnehmerInnen der einzelnen Organisationsbereiche und der verschiedenen Beschäftigungsarten der im Betrieb tätigen Arbeitnehmer zusammensetzen. Dadurch werden eine gute Kommunikation zwischen Betriebsrat und Belegschaft und ein Austausch innerhalb des Betriebsrats erleichtert. Alle Arbeitnehmer im Betrieb können Kandidaten, die die Voraussetzungen erfüllen, vorschlagen, also einen Wahlvorschlag (Persönlichkeitswahl) machen, beziehungsweise eine Wahlvorschlagsliste beim Wahlvorstand einreichen. Wird keine Vorschlagsliste eingereicht, was meistens nur in kleineren Betrieben

vorkommt, werden die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt, die Wahl wird als Mehrheitswahl durchgeführt, das heißt, jeder Arbeitnehmer hat so viele Stimmen wie Betriebsratsmitglieder zu wählen sind. Werden mehrere Wahlvorschläge einge-

reicht, spricht man von der Listenwahl. Die Wähler können dann nicht mehr zwischen den einzelnen Kandidaten wählen, sondern nur noch zwischen den verschiedenen Listen. Die Wahlberechtigten können nur eine Stimme für eine der Wahlvorschlagslisten

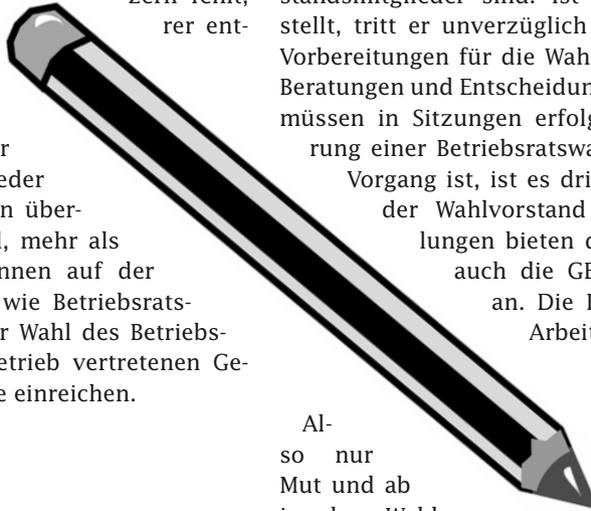
abgeben. Die Reihenfolge der

Kandidaten auf den Listen bestimmt die

Liste selbst und damit auch die Reihenfolge, in der die Bewerber in den Betriebsrat einziehen. Voraussetzungen für eine wirksame Kandidatur ist die Unterstützung der Bewerber durch sogenannte Stützunterschriften auf dem Wahlvorschlag. Das



Gesetz gibt für einen wirksamen Vorschlag ein bestimmtes Mindestquorum von Unterstützern vor. Clevere BewerberInnen sammeln vorsichtshalber immer mehr Stützunterschriften als unbedingt nötig, weil Unterstützer nicht selten auf mehreren Listen unterschreiben, aber nur eine Stützunterschrift zulässig ist und fehlerhafte Stützunterschriften vom Wahlvorstand gestrichen werden. Damit einer Liste nicht die erforderliche Zahl an Unterstützern fehlt, sollten die Listenführer entsprechend mehr Unterschriften sammeln. Damit der Betriebsrat trotz beruflicher oder sonstiger Veränderungen seiner Mitglieder die Amtszeit von vier Jahren überdauern kann, ist es sinnvoll, mehr als doppelt so viele KandidatInnen auf der oder den Listen zu haben, wie Betriebsratsplätze zu besetzen sind. Zur Wahl des Betriebsrats können auch die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften Wahlvorschläge einreichen.



wenn es zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl erforderlich ist. Jeder wahlberechtigte Arbeitnehmer kann als Wahlvorstandsmitglied bestellt werden. Der Betreffende braucht nicht wählbar zu sein. Dem Wahlvorstand können auch Mitglieder eines noch amtierenden Betriebsrats, der die Bestellung des Wahlvorstands vorzunehmen hat, angehören. Ebenso ist es möglich, dass Bewerber für den zu wählenden Betriebsrat zugleich Wahlvorstandsmitglieder sind. Ist der Wahlvorstand bestellt, tritt er unverzüglich zusammen, damit die Vorbereitungen für die Wahl anlaufen können. Die Beratungen und Entscheidungen des Wahlvorstands müssen in Sitzungen erfolgen. Da die Durchführung einer Betriebsratswahl ein sehr komplexer Vorgang ist, ist es dringend anzuraten, dass der Wahlvorstand geschult wird. Schulungen bieten die Gewerkschaften, so auch die GEW, und freie Institute an. Die Kosten hierfür hat der Arbeitgeber zu tragen.

Also nur Mut und ab in den Wahlvorstand. Mitglieder des Wahlvorstandes sind im Übrigen auch gesetzlich geschützt, somit kann ein böser Arbeitgeber sie nicht einfach vor die Tür setzen. Hat der Wahlvorstand alles richtig gemacht und der neue Betriebsrat ist gewählt, dann können sich alle Kollegen nur beglückwünschen, denn dann haben sie endlich eine Interessenvertretung, die ihnen beisteht.



Keine Wahl ohne Wahlvorstand

Um Betriebsratswahlen durchführen zu können, braucht man außer den Kandidaten auch einen Wahlvorstand. Dieser besteht mindestens aus drei Mitgliedern, ein Mitglied muss zum Vorsitzenden bestimmt werden. Die Zahl kann erhöht werden,

WEITERE INFORMATIONEN

Die GEW bietet unter www.gew.de/Betriebsratswahlen_20102.html Informationen zur Betriebsratswahl an. Unter der Adresse www.gew-berlin.de/3215.html gelangt ihr direkt zu den Wahlheftbroschüren.

Der DGB stellt auf seiner Seite www.dgb.de/themen/mitbestimmung/betriebsverfassung/index.html umfassende Informationen rund um die Betriebsratswahl mit elektronischem Wahlkalender zur Verfügung.

Eine weitere interessante Seite ist www.boeckler.de/273.html. Auf dieser Seite geht es um die Mitbestimmungsförderung. Hier findet man viele interessante und hilfreiche Artikel für die Betriebsratsarbeit.

Damit sich Betriebsräte austauschen, informieren und sich Rat holen können, bietet die GEW eine Betriebsräterunde an, die einmal im Monat in den Räumen der GEW Berlin tagt, Ahornstraße 5, in Berlin-Schöneberg. Die Termine könnt ihr bei Bärbel Jung unter der Telefonnummer 030/219993-40 oder per Email unter baerbel.jung@gew-berlin.de erhalten.

Noch Fragen?

Die Durchführung von Betriebsratswahlen und die Betriebsratsarbeit sind sicherlich nicht einfach. Aber nur keine Bange, niemand muss damit alleine fertig werden. Es gibt starke Gewerkschaften, die dich und deine Kollegen bei der Wahl oder auch bei der Gründung eines Betriebsrats unterstützen. Die GEW hält Betriebsräten den Rücken frei durch kompetente Beratung, Information und Qualifizierung, damit das Unternehmen Betriebsratswahl gut gelingen kann. Betriebsrat zu sein ist sicherlich manchmal anstrengend und nicht leicht, aber auf der anderen Seite ist sie nie langweilig und man kann den Betrieb mitgestalten. Eine nicht ganz uninteressante Aufgabe. Viele Betriebsräte werden das bestätigen. Unterstützt die Neugründung von Betriebsräten, und wenn ihr schon einen habt, dann geht wählen. Es lohnt sich! ■

Ein unfassbarer Untergang

Über die Umwandlung seiner Gesamtschule in ein Gymnasium schreibt ein Pionier der ersten Stunde

von Eckhard Rieke, pensionierter Gesamtschullehrer

Die Berliner Zeitung brachte im November 2009 eine kleine Meldung: Die Thomas-Mann-Oberschule (TMO) in Reinickendorf wird im nächsten Jahr in ein Gymnasium umgewandelt. Das wäre schon eine große Meldung wert, denn die TMO ist nicht irgendeine Gesamtschule. Sie ist eine der vier Gründungsgesamtschulen in Berlin (1969) und damit auch eine der ersten in Deutschland.

Sie hat in diesem Jahr ihr vierzigjähriges Jubiläum gefeiert und wird im 41. Jahr zu einem Schultyp, den die Gesamtschulen immer zu Recht als den Hauptgegner einer konsequenten Schulreform gesehen haben – zu einem Gymnasium. Das verlangt Erklärung und verlangt Bewertung. Von 1970 bis 2007 war ich an dieser Schule, davon die meiste Zeit als Fachbereichsleiter für Gesellschaftswis-

senschaften. Mich hat die Nachricht von der Umwandlung völlig unvorbereitet getroffen und ich betrachte sie als schulpolitische Katastrophe.

Die Reformen 1969 und 2009

Als 1969 die Gründung der ersten vier Gesamtschulen in Berlin erfolgte, war die Situation für den neuen Schultyp günstig. Die damals stärkste politische Partei, die SPD, stand hinter dieser Reform und stellte einen kompetenten und engagierten Schulsenator, Carl Heinz Evers. Die wesentlichen Personen der Schulaufsicht standen ebenso dahinter und förderten sie mit Mastmann und Kledzig nach Kräften. Teile der Elternschaft warteten geradezu auf eine Schul-

reform, die Integration (d.h. Demokratisierung) statt Segregation und Förderung statt Auslese wollte.

Die Gesamtschule sollte das dreigliedrige Schulsystem überwinden und eine Schule für alle werden. Die Politik war sich darüber im Klaren, dass man für einen neuen Schultyp, der die Schüler fördert statt ausliest, eine Menge Geld ausgeben muss, und das tat sie auch. Der Start war hervorragend, ebenso die Anmeldezahlen für die neuen Schulen.

Vergleicht man den Start dieser Schulreform mit der, die in unseren Tagen läuft, sieht man, dass der Unterschied kaum krasser sein könnte. Anlass der heutigen Reform ist nicht das Ideal einer leistungsfähigen, demokratischen Schule für alle, sondern das Scheitern der Hauptschulen, deren problematische Schülerschaft man aus ihrer Isolation befreien muss. Oberstes Prinzip bei den notwendigen Veränderungen ist der Erhalt des Gymnasiums, dessen Perspektive auch folgerichtig die Diskussion in der Öffentlichkeit beherrscht. Zwar werden Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu integrierten Sekundarschulen, aber die Last der Integration der Hauptschüler sollen allein die beiden letzteren tragen.

Es ist offenbar Konsens im Senat, dass die Kosten für das neue System nicht merklich höher sein können als für das alte.

Die stärkste Regierungspartei, die SPD, steht keineswegs eindeutig hinter der Idee einer integrierten Gesamtschule. Der jetzige Schulsenator ist kein Anhänger von ihr. Die Öffentlichkeit – wie gesagt – interessiert sich hauptsächlich für den Erhalt des Gymnasiums. Nur vereinzelt erheben sich Stimmen für ein integriertes Schulsystem, obwohl alle inter-



FOTO: PRIVAT



Die Reinickendorfer Gesamtschule im Jubiläums-Winter vor der großen Wende.

FOTO: PRIVAT

nationalen Schulversuche erwiesen haben, dass das deutsche Schulsystem nicht besonders leistungsfähig ist, es die Integration benachteiligter Gesellschaftsgruppen nur ungenügend leistet und auch die Spitzenschulen, die Gymnasien, trotz der selektierten Schüler keine Spitzenleistungen bei der Ausbildung ihrer Schüler erreichen.

Wachsende Belastungen

Die in Berlin 1969 von engagierten Schulreformern geplante allmähliche Ersetzung des dreigliedrigen Schulsystems durch Gesamtschulen ist bekanntlich nicht gelungen. Die Ursachen dieses Scheiterns sind vielfältig. Nach einer Phase großer Freiheit wurden die Gesamtschulen in Berlin Regelschulen: Sie mussten dieselben Abschlüsse wie die bestehenden Schulen vergeben und übernahmen damit auch deren Zwänge. In dem Maße, wie die finanzielle Lage Berlins sich verschlechterte, wurde die Mehrausstattung der Gesamtschulen abgebaut. Bildung an diesen Schulen durfte nicht mehr kosten als anderswo.

Für die Lehrer an den bestehenden Gesamtschulen bedeuteten ihre weiterhin bestehenden eigenen hohen Ansprüche bei »Normalisierung« der Ausstattung und oft ungünstiger Zusammensetzung der Schülerschaft nach ihrer Leistungsfähigkeit eine deutlich höhere Belastung als an den bestehenden Schultypen. Kein Wunder, denn Förderung von Schülern ist nun einmal aufwendig.

Einen dramatischen Einbruch bedeutete schließlich die Heraufsetzung der Pflichtstundenzahl von 23 auf 26. Dies und die Erhöhung von Klassenfrequenzen, der Abbau von Ermäßigungstatbeständen und eine Kette von aufwendigen Reformen, für die es keine Erleichterungen gab, führten zu einer Arbeitsbelastung, die für die meisten Kollegen unerträglich ist.

Der Untergang der TMO als Gesamtschule

Reinickendorf ist strukturell ein eher konservativer Bezirk. Die CDU regiert hier seit längerer Zeit. Die Schulstadträtin, Frau Schultze-Berndt, wird von der CDU gestellt. Der Bezirk hat keinen Schulentwicklungsplan, aus dem etwa die Umwandlung einer der drei Gesamtschulen in ein Gymnasium rechtzeitig zu erkennen gewesen wäre. Entspre-

chend überfallartig konnte auch der Coup vollzogen werden.

Nach den Herbstferien wurde zuerst die Bettina-von-Arnim-Gesamtschule gefragt, ob sie umgewandelt werden wollte. Als diese ablehnte, wurde die TMO gefragt. Ein paar Tage später hat das auf diese Frage nicht vorbereitete Kollegium auf einer Dienstbesprechung nach kurzer Aussprache der Umwandlung mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Dieses Votum wurde zwei Wochen später auf einer Gesamtkonferenz noch einmal bekräftigt.

Die SPD-Fraktion, die nicht hinter diesen Plänen der Stadträtin steht und erst im November aus einem nachgereichten Teilplan des Schulentwicklungsplanes von dieser Absicht erfuhr, hat in einer Großen Anfrage von der Stadträtin die Anmeldezahlen für die Gymnasien und Gesamtschulen gefordert, diese aber nicht erhalten. Hintergrund dafür ist die Behauptung der Stadträtin, dass der Bezirk nicht alle Gymnasialwünsche der Eltern erfüllen konnte. Es sieht aber so aus, als ob die Begründung der Maßnahme, dass man nicht alle Wünsche nach einem Gymnasialplatz habe erfüllen können, nicht zutrifft, dass aber stattdessen Gesamtschulwünsche nicht in vollem Maße erfüllt wurden. Offenbar wird hier von der Stadträtin und ihrer Partei konsequente Klientelpolitik betrieben.

Die Rolle der Gewerkschaft

Von Anfang an besaß die TMO eine sehr starke GEW-Schulgruppe. Der Organisationsgrad war immer sehr hoch und an allen Kampfmaßnahmen der GEW war sie aktiv beteiligt. Natürlich haben die beschriebenen Verschlechterungen auch die Schulgruppe geschwächt. Aber noch bei der Einführung der Stundenerhöhung auf 26 hat sich die Schulgruppe als eine der wenigen in Berlin für einen Streik entschieden. Der Todesstoß für die gewerkschaftliche Arbeit kam, als die Berliner GEW sich nicht zu energischen Maßnahmen entschließen konnte, ungeschickt, ängstlich und glücklos taktierte und die Stundenerhöhung damit passieren ließ.

Seit dieser Zeit war den Kollegen an der TMO klar, dass die GEW sie nicht mehr vor Verschlechterungen würde schützen können. Theoretisch war die GEW BERLIN immer eine bedingungslose Verfechterin der Gesamtschule. Ihre Be-

schlusslage dazu war stets glasklar. Das war auch problemlos möglich, weil jeder wusste, dass die Gesamtschule für alle nicht kommen würde. Ansonsten hätte man massive Probleme mit den Kollegen an den Gymnasien und Realschulen bekommen, die diese Idee keineswegs gut fanden. Insofern ist der Hohn, mit dem man in der GEW über die »eiertanzende« SPD in der Schulpolitik spricht, scheinheilig. Zu einem Lackmustest ist es für die GEW diesbezüglich – leider – nicht gekommen.

Das Verhalten des Kollegiums

Schulpolitisch ist der Umbau der TMO in ein Gymnasium meines Erachtens eine Katastrophe. Er läuft selbst den zaghaften Ansätzen der jetzigen Schulreform zuwider, eine Integration zu leisten. Wieder einmal verhindert das aus dem 19. Jahrhundert stammende Gymnasium eine Fortsetzung von Reformen. Die hinter diesem Schultyp stehenden Kräfte haben genug Macht, um ihre Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen.

Für das Verhalten der Kollegen der TMO, die nach 40 Jahren Gesamtschule nun auf einmal zum Gymnasium überlaufen, gibt es eine Reihe von Erklärungen. Entscheidend dürfte sein, dass sie sich zu erschöpft von der Arbeit mit ihren Schülern fühlen, um weiter zu machen. Für sie bleibt offenbar nur noch der Strohalm Gymnasium mit der Hoffnung, sich der Schüler entledigen zu können, die sich nicht fördern lassen wollen. Und leider betrifft das offenbar fast alle Kollegen.

Allerdings hat an der Schule auch ein langsamer Austausch des Kollegiums stattgefunden. Viele der »alten KämpferInnen« gingen in Pension. Sie wurden ersetzt durch Kollegen – viele davon aus den östlichen Bezirken –, die einen Arbeitsplatz suchten, aber nicht unbedingt Gesamtschulanhänger waren. Für alle diese ist die Aufgabe einer Gesamtschule kein besonderer Verlust, das Gymnasium erscheint vielleicht sogar als Aufstieg.

Für mich ist der Untergang der TMO schwer zu verkraften. Ich verliere meine alte Heimat – nach der Pensionierung als Arbeitsplatz, nun als Ort der Hoffnung – endgültig. Dass an »meiner« alten Schule in Zukunft Auslese statt Förderung vorherrscht, schmerzt sehr. Ich finde es empörend. ■

Mal wieder über Bildung reden

Was soll an den neuen Sekundarschulen eigentlich inhaltlich geschehen?

von Thomas Isensee, Gesamtschullehrer im Ruhestand

Der rote Großvater erzählt: In der Schulreformphase in den 60-er und 70-er Jahren beherrschte, so wie heute auch, die Entscheidung zwischen dem gegliederten oder einem integrierten Schulsystem die öffentliche Debatte. Dabei blieb die inhaltliche Kritik am deutschen Schulsystem weitgehend Fachkreisen vorbehalten und damit, so wie heute auch, politisch nur wenig wirksam:

- die philologische Prägung des Gymnasiums mit der unzureichenden Berücksichtigung der Naturwissenschaften,
- die unzureichend entwickelte politische Bildung, an der Geschichte, Erdkunde und eine schwach ausgestattete Sozialkunde wenn überhaupt unkoordiniert herumwerkelten,
- Arbeitswelt und Technik kamen allenfalls in der Hauptschule vor,
- die Schule insgesamt hatte keinen Bezug zur Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, insbesondere wenn sie nicht direkt aus dem Bildungsbürgertum kamen,
- das Schulsystem ist auch deshalb in hohem Maße sozial selektiv.

Zum bis heute anhaltenden Unmut von Philologenverband, Harald Martenstein (*Tagesspiegel*) und ähnlicher Bildungsexperten, blieb diese Debatte nicht ganz ohne Wirkung. Die gymnasiale Oberstufe mit ihrem Kurssystem erweiterte das inhaltliche Spektrum durch die Aufwertung der Naturwissenschaften und die Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes erheblich. Die Oberstufenzentren machten erstmals das Abitur mit einem berufsbezogenen Leistungsfach möglich.

In der Sekundarstufe I wurde an Gesamtschulen das integrierte Fach Gesellschaftskunde eingeführt, Arbeitslehre und Technik erhielten dort und an den Hauptschulen ihren Platz und ein weitgefächertes Wahlpflichtangebot eröffnete die Möglichkeit der individuellen Profilbildung. Davon konnten auch die Realschulen profitieren, wenn auch in

engem Rahmen. Diese Reformen gaben auch Impulse für die methodische und inhaltliche Ausrichtung der herkömmlichen Fächer.

Die Neuorganisation der Berliner Schule mit einer zweigliedrigen Sekundarstufe I, durch die Einführung einer integrierten Sekundarschule neben dem Gymnasium, verleiht diesen historischen Reminiszenzen neues Gewicht. Es geht dabei um einen neuen Anlauf zur Lösung der alten Fragen.

Die dazu notwendigen Gesetzesänderungen sind derzeit noch offen; naturgemäß gibt es auch noch keine Verordnungen. Aber wie durch Lore Narayek



(blz 12/09) bereits kritisch kommentiert, existiert eine neue Stundentafel für die zukünftigen Sekundarschulen. Getragen wird sie vom an sich sympathischen Gedanken, die vom Abitur nach 12 Jahren in die Höhe getriebenen Pflichtstundenzahlen in der Sekundarstufe I gegenüber dem Gymnasium abzusenken, da an der Sekundarschule das Abitur nach 13 Jahren der Regelfall sein wird. Damit sollen Zeit und Lehrerstunden gewonnen werden für Profilbildung der Schule sowie einzelner Schüler und Aktivitäten, die außerhalb der Pflichtunterrichtsstunden liegen. Nur: Wo soll gekürzt werden?

Der Schulsenator hat sich dabei selbst Alternativen verbaut. Die zentralen Prüfungen des Mittleren Schulabschlusses in Deutsch, Mathematik und erster Fremdsprache lassen eine Kürzung in diesen Fächern nicht zu, sollen die Schüler der Sekundarschule gleiche Prüfungschancen haben wie die Gymnasiasten. Die beliebten Kürzungsquellen Musik und Kunst sind schon so ausgedünnt, dass jede Kürzung Streichung bedeuten würde.

Dem »Lernbereich« Gesellschaftswissenschaften stehen für Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde ohnehin nur noch zwei Wochenstunden zur Verfügung, nachdem das Fach Gesellschaftskunde bereits für die Einrichtung des neuen Faches Ethik erhalten musste.

Bleiben nur noch die Naturwissenschaften. Jürgen Zöllner, sicher kein Feind der Naturwissenschaften, verweist zwar auf Profilstunden, mit denen man die Naturwissenschaften wieder aufstocken könnte. Aber zu Recht hat Lore Narayek auf den Mangel an Lehrkräften hingewiesen, der für freiwillige zusätzliche Angebote eine noch höhere Hürde darstellen wird als für den Pflichtunterricht.

Den Weg zur Lösung zeigt die Senatsverwaltung selbst, indem sie den Weg für integrierte Naturwissenschaften frei macht. Da haben wohl weniger höhere Einsicht und Kenntnisnahme internationaler Erfahrungen gewirkt, als die arithmetische Einsicht, dass in 3 oder 5 Stunden pro Woche drei Fächer nicht mehr unterzubringen sind. Aber der Weg ist offen für eine Organisationsform, die handlungsorientierten Unterricht und fächerübergreifendes Denken unterstützt.

Statt nun mit der Verwaltung über die Verschiebung einzelner Unterrichtsstunden zu rechten, sollten wir eher eine konsequente Umgestaltung dieser Art auch in anderen Lernbereichen einfordern. Das gilt vor allem für den Lernbereich Gesellschaftswissenschaften, der unter Einbeziehung von Ethik inhaltlich und organisatorisch zu integrieren wäre. ■



FOTO: PRIVAT

Europapraktika in der beruflichen Bildung

Immer mehr SchülerInnen machen den Euro-Pass.
Mobilität als international gültiges Zeugnis von Europakompetenz

von Dirk Zellmer, Lehrer an der Ernst-Litfaß-Schule

Mit der zunehmenden europäischen Verflechtung wächst der Mobilitätsanspruch, den die Gesellschaft an junge Beschäftigte stellt. Dies gilt besonders in der Medienbranche, speziell im Printbereich. Der Gedanke, einmal selbst in einem »fremden« Land Beschäftigung zu suchen und zu finden und dabei von den Möglichkeiten Europas zu profitieren, ist allerdings in der beruflichen Bildung in Deutschland bisher noch nicht sehr ausgeprägt. Oberstufenzentren sollten hier eine wichtige Rolle als Impulsgeber für den europäischen Gedanken bei Auszubildenden spielen.

Praktika und Projekte sind keine Erfindung der letzten drei Jahre. Schon immer gab es Kontakte in das europäische Ausland und geförderte Schülerfahrten. Neu sind der systematische Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes von Bildungseinrichtungen und Praktikummöglichkeiten zur optimalen Förderung der Azubis in der Druck- und Medienbranche. Eine konkrete Anbindung an das spätere Tätigkeitsfeld ist dabei ein entscheidendes Kriterium.

Mithilfe von Trägern und Partnerorganisationen wie Arbeit und Leben, der Gesellschaft für Europabildung oder PIA im Ausbildungswerk Kreuzberg und durch viele direkte Kontakte mit Schulen in Tschechien, Österreich, Frankreich, Polen, Schweden und der

Europäischen Akademie Otzenhausen im Saarland werden von den Fachleuten in der beruflichen Bildung Projekte konzipiert, die die Kompetenzen der Teilnehmer erweitern und eine wichtige Facette für den Bildungserfolg liefern.

Was machen die Auszubildenden da?

Es werden ganz konkrete Projektideen angegangen, wie die Realisierung von Medienprodukten von der Konzeption über die inhaltliche Auseinandersetzung bis zur Gestaltung, Fertigung und Weiterverarbeitung. So entstanden im letzten Jahr Broschüren über berühmte Persönlichkeiten in Prag und eine Postkar-



Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

| | Online | CD |
|----------------------|--------|------|
| Grundschule | 20,- | 30,- |
| Gemeinschaftsschule | | |
| - Sek. I | 20,- | 30,- |
| - Klasse 1-10 | 30,- | 40,- |
| Gesamtschule | | |
| - Sek. I | 30,- | 40,- |
| - mit gym. Oberstufe | 40,- | 50,- |
| - mit Grundstufe | | |
| u. gym. Oberstufe | 50,- | 60,- |
| Hauptschule | 20,- | 30,- |
| Realschule | 20,- | 30,- |
| Haupt- u. Realschule | 30,- | 40,- |
| Gymnasium | | |
| - Sek. I | 20,- | 30,- |
| - Sek. I und Sek II | 30,- | 40,- |
| - Sek. I und Sek. II | | |
| mit Klasse 5 und 6 | 40,- | 50,- |
| Gymnasiale Oberstufe | 20,- | 30,- |

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusage erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: *siehe Seite 14*



**Hiermit bestelle ich das
GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch
(+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

tenserie über Nils und Emil in Karlstad und Berlin (gemeint sind natürlich Nils Holgersson und Emil Tischbein von Selma Lagerlöf und Erich Kästner). In Wien zeigte eine Berufsfelderkundung – mit Teilnahme an Unterrichtsmodulen von Mediengestaltern und Schnupperpraktika in verschiedenen Medienbetrieben – potenzielle Arbeitsplätze in österreichischen Medienbetrieben und ermöglichte den Teilnehmern einen guten internationalen Vergleich der Stärken und Schwächen ihrer Ausbildungsorte. Aus polnischen Praktika kamen einige Azubis mit konkreten Angeboten für einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung zurück.

Generell steht weniger die Vertiefung von fachlichen Fähigkeiten im Vordergrund – da sind deutsche Berufsschüler gut aufgestellt. Es geht um strategische Überlegungen und natürlich wichtige internationale Kompetenzen wie Kommunikationsfähigkeit und kulturelle Sensibilität.

Europa funktioniert nicht kostenneutral

Die Schüler kommen in den meisten Fällen begeistert aus dem Praktikum zurück. Allerdings werden bis zu diesem Zeitpunkt eine Menge Ressourcen eingesetzt: Informationsveranstaltungen, Hilfen bei der Bewerbung, Koordinierung mit Trägern und Partnern in Berlin und im Ausland sind nur eine Seite der Arbeit. Fachliche Betreuung und Vorbereitung durch Kollegen und teilweise auch die Betreuung vor Ort sind ohne Mehrarbeit nicht möglich. Auch wenn eine Praktikumsbetreuung im spätsommerlichen Italien natürlich nicht ohne einen gewissen Reiz ist, die nötigen Stundenplanänderungen sind zum Teil immens und fordern den ganzen Stundenplankoordinator.

Die Schulleitung der Ernst-Litfaß-Schule unterstützt das Europa-Engagement der KollegInnen, wo sie kann. In den letzten drei Jahren waren rund 20 KollegInnen mit SchülerInnen oder über Qualifikationsprogramme in Europa »unterwegs«. Durch diese Veranstaltungen wird viel europäische Kompetenz in die Schule zurücktransportiert. Eine Stundenermäßigung für die Planung und Durchführung von Europapraktika gibt es nicht. Die gesamte Arbeit findet »on top« zusätzlich zur normalen Unterrichtslast statt und ist nur einer sehr hohen persönlichen Bereitschaft zu ver-

danken. Dabei liegt das eigentliche Problem in der zwangsläufig liegenden gebliebenen Arbeit während der Praktikumsbetreuung.

Der Ertrag für die Schüler

Sichtbar wird der »Ertrag« jedes Jahr bei der Verleihung der Europässe im Roten Rathaus. Stolz und unterhaltsam präsentieren die Teilnehmer ihre Praktikumerfahrungen und erhalten den Europass Mobilität als international gültiges Zeugnis ihrer gewonnenen Europakompetenz.

Ihre Berufschancen im Medienbereich sind dadurch gestiegen. Generell ist ihre Bereitschaft gewachsen, sich einen Job nicht nur in Berlin, sondern in Europa zu suchen. Die ohnehin in Europa hoch angesehene duale Berufsausbildung sorgt für ein großes Interesse von europäischen Unternehmen an deutschen Fachleuten, die durch einen Arbeitsaufenthalt im Ausland ihre Affinität zu dem einen oder anderen Land schon verdeutlicht haben und im Idealfall eine gute Sprachkompetenz mitbringen. Personen mit Auslandserfahrung dokumentieren Flexibilität und die Bereitschaft, sich mit neuen Perspektiven auseinanderzusetzen; das sind gerne gesehene Eigenschaften.

Der nächste Schritt: Europaklassen

Wichtig für erfolgreiche Europapraktika ist eine frühzeitige Eintaktung in den Ausbildungsplan. Die Ernst-Litfaß-Schule plant die Einführung von »Europaklassen«, in denen schon am Beginn der Ausbildung ein Zeitraum und mögliche Praktikumsorte mit den Auszubildenden und ihren Betrieben vereinbart werden. Als idealer Zeitpunkt bietet sich das Ende des zweiten Lehrjahres an. Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Vergabe von Leistungspunkten für Europapraktika. Durch den Europass Mobilität gibt es schon ein international anerkanntes Zertifikat, das durch die zusätzliche Eingabe von Credit Points eine (mehr als gerechtfertigte!) Aufwertung erhalten würde und der Forderung einer guten Anbindung der beruflichen Bildung an eine mögliche Hochschulbildung entspräche.

Zurzeit nehmen rund zehn Prozent unserer SchülerInnen die Möglichkeiten wahr, an EU-Praktika teilzunehmen. Es können ruhig noch mehr werden! ■

WAT statt Arbeitslehre

Der traditionsreiche Name soll verschwinden – doch nicht nur der Name

von Manfred Triebe, Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin

In der blz 3-4/2004 erschien ein Artikel mit der Überschrift: Soll Arbeitslehre abgeschafft werden? Das war damals eine Befürchtung, die bisher nicht Realität wurde. Zwar wurde die Arbeitslehre an den Gesamtschulen im Pflichtbereich runtergekürzt, aber das Fach stand grundsätzlich nicht mehr zur Debatte. Die aktuelle Entwicklung scheint uns nun eingeholt zu haben:

Auf der Sitzung des Bildungsausschusses im Abgeordnetenhaus erklärte Senator Zöllner in der Debatte um die künftige Schulstruktur und im Zusammenhang mit der Einführung des »Dualen Lernens«, dass das bisherige Unterrichtsfach Arbeitslehre künftig WAT (Wirtschaft, Arbeit, Technik) heißen soll. Für diese Änderung gab es keine Begründung.

Den ersten Versuch einer Umbenennung gab es 2004 im Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen Rahmenplanes für die Berliner Sonderschulen. Die Begründung für die Umbenennung damals: Auch in Brandenburg würde das Fach inzwischen WAT heißen, da wäre es doch gut, wenn Berlin sich anschließen würde. Der Brandenburger Rahmenlehrplan WAT zeigt aber, dass Arbeitslehre nicht mit WAT gleichzusetzen ist: »Das Fach WAT (strebt) konsequenter als zuvor das Fach Arbeitslehre an, Bezugsfach für eine systematische ökonomische und technische Bildung zu sein. Durch eine stärkere Orientierung an den wirtschafts- und technikwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen soll die Anschlussfähigkeit im Sinne des Überganges zu den ökonomischen und technischen Fächern in der gymnasialen Oberstufe und der Berufsausbildung erleichtert werden.« Tatsächlich ist WAT in Brandenburg ein im Wesentlichen auf kognitive Ziele abgestelltes Fach, in dem das Kernstück der Berliner Arbeitslehre, der praktische Unterricht in den Werkstätten, keine Rolle mehr spielt.

Für die Berliner Arbeitslehre ist allerdings das praktische Tun (Herstellung von

Gebrauchsgegenständen oder Dienstleistungen) in den Arbeitslehrewerkstätten in Verbindung mit theoretischer Reflexion dieser Arbeit die Basis für eine solide Berufsvorbereitung. Darüber hinaus ist eine »systematische ökonomische und technische Bildung« für die Berliner Arbeitslehrekonzeption gerade ein Rückfall in einen überwunden geglaubten Fachpartikularismus, denn Arbeitslehre ist integrierte ökonomische, technische, arbeits- und haushaltsbezogene Bildung.

Von Senatsseite wird allerdings betont, dass die bewährte Berliner Konzeption des Faches bei der Reform der Sekundarschule nicht infrage gestellt werden soll. Die Worte hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. Die aktuelle Stundentafel verheißt nichts Gutes. So werden für die Jahrgänge 7 bis 10 der künftigen Sekundarschulen zwar zwei Wochenstunden pro Jahrgang genannt, dies wird aber gleich wieder relativiert: In 7 und 8

WAT – Wirtschaft, Arbeit, Technik – ist ein Rückfall in den Fachpartikularismus

soll mit diesen Stunden auch der ITG (Informationstechnischer Grundkurs) abgedeckt und in 9 und 10 werden diese Stunden zur »Verstärkung anderer Unterrichtsfächer oder zusätzlicher Wahlpflichtangebote ... verwendet«. Verpflichtend bleibt lediglich eine Einzelwochenstunde zur Vorbereitung des Betriebspraktikums im 9. Jahrgang. Zurzeit ist außerdem ein neuer Rahmenlehrplan für Arbeitslehre in der Entwicklung. Man wird sehen, ob zumindest dort noch die »bewährte Berliner Konzeption des Faches« erhalten bleibt.

Das »Duale Lernen« gilt als das Kernstück der Schulstrukturreform. In einem offiziellen Papier der Senatsverwaltung heißt es dazu: Es »ist das besondere Ziel der integrierten Sekundarschule, neben der Vermittlung der Allgemeinbildung, auch auf die Fortsetzung des individuellen Bildungsganges hinsichtlich einer

Berufsausbildung oder eines Studiums vorzubereiten und die dafür notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten praxisorientiert zu vermitteln. Eine Lernform in der integrierten Sekundarschule ist deshalb das Duale Lernen, bei dem schulisches Lernen praxisorientiert mit Inhalten aus dem Wirtschafts- und Arbeitsleben verknüpft wird.« Genau dies war und ist der Ansatz der Berliner Arbeitslehre. Es hätte also nahe gelegen, das »Duale Lernen« in der Arbeitslehre anzusiedeln und mit der Arbeitslehre zu verknüpfen, um den bisher nur aus der Berufsausbildung bekannten Begriff für die Sekundarschule mit Inhalten und Leben zu füllen. Die Senatsverwaltung hat dies nicht getan.

Seit einigen Jahren gibt es in der Ausbildung der Arbeitslehrelehrkräfte an der Technischen Universität in Berlin (Institut für Berufliche Bildung und Arbeitslehre) einen integrierten Studiengang Arbeitslehre. Die Zerteilung des Faches in die Partikulardisziplinen »Wirtschaft, Haushalt und Technik« wurde dadurch überwunden. Umso unverständlicher sind auch vor

diesem Hintergrund Überlegungen zu einer Namensänderung. Der Name »Wirtschaft, Arbeit, Technik« (WAT) restauriert die Teildisziplinen und zerstört den integrativen Ansatz, den schon der Deutsche Ausschuss durch seine Namensgebung überwinden wollte. Der Reformansatz »Duales Lernen« wird ad absurdum geführt, wenn nun wieder Partikulardisziplinen wie »Wirtschaft, Arbeit und Technik« betont werden.

Wer im Zusammenhang mit der Sekundarschulreform Arbeitslehre verfälscht oder umbenennt oder in Partikularfächer aufteilt oder einzelne Teile aus ihr herausbricht oder verfälscht oder umbenannte Arbeitslehre an die Schulen bringt oder propagiert, wird deshalb das Kernstück der Reform der Sekundarschule, das »Duale Lernen«, in den Sand setzen. Duales Lernen ist ein Bestandteil von Arbeitslehre, nicht umgekehrt. ■



FOTO: KAY HERSCHELMAN



Hochschulverträge unterzeichnet

Was lange währte, wurde endlich mittelmäßig

von Folker Schmidt, Abteilung Wissenschaft

Seit 1997 werden in Berlin die sogenannten Hochschulverträge zwischen dem Senat von Berlin und den Berliner Hochschulen geschlossen. Jedes Mal gibt es dabei Streit zwischen den beiden Kontrahenten und noch jedes Mal wurde zum Schluss unterschrieben. So auch diesmal wieder Anfang Januar für die Haushaltsjahre 2010 bis 2013.

Ganz genau steht immer noch nichts fest, weil trotz der Unterzeichnung noch weitere Zeit vergehen wird, bis der angestrebte »strukturelle Dialog« abgeschlossen ist. Gefehlt wurde einerseits um das Geld, das der Senat zur Verfügung stellen soll, und andererseits um die Leistungen, die die Hochschulen

(vier Universitäten und neun Fachhochschulen) dafür erbringen sollen.

Mehr Geld ist nötig

Im Mai 2009 hatten in Sorge um die Mittelzuwendungen 76 ProfessorInnen in ihrer »Verzweiflung« (*Tagesspiegel*) an den Regierenden Bürgermeister geschrieben und ihn darauf hingewiesen, dass zwischen 2010 und 2013 »dramatisch gestiegene und absolut unvermeidbare zusätzliche Kosten auf die Berliner Hochschulen« zukämen; sie unterstützten damit die Argumente, die die Hochschulen und deren Leitungen schon vorgebracht hatten. Allein für die nach Aus-

laufen des Anwendungstarifvertrags Ende des Jahres 2009 absehbaren Steigerungen, die wachsenden Pensionskosten, die die Universitäten in Berlin selbst aufbringen müssen, und für Energie und für die Instandhaltung von Gebäuden errechneten sie 175 Millionen Euro zusätzlich. Das entspräche einer Erhöhung um rund 20 Prozent. Senator Sarrazin hatte seinerzeit 1,3 Prozent für denkbar gehalten, Wissenschaftssenator Zöllner hatte eine Erhöhung um 5,4 Prozent ins Gespräch gebracht.

Im Juli 2009 legte Senator Zöllner ein »Eckpunktepapier« vor, das für die Hochschulen im Jahr 2010 zusätzliche 53 Millionen Euro, im Jahr 2011 weitere 16,7 Millionen, im Jahr 2012 weitere 33,7 Mil-



FOTO: PRIVAT

lionen und im Jahr 2013 zusätzliche 4,2 Millionen vorsah. Davon sollten aber nur jeweils größere Teile direkt aus dem Landeshaushalt fließen; der Rest aus Geldern des Bundes aus dem »Hochschulpakt«. Auch dieses Angebot liegt noch weit unter den geforderten 175 Millionen.

Zusagen der Hochschulen

Nach zähen Verhandlungen einigte man sich Ende Juli 2009 dann auf eine paraphierte Fassung der Hochschulverträge. Die Hochschulen verpflichten sich darin, die Aufnahmekapazität zu halten und anzustreben, bis zum Jahr 2012 zusätzlich bis zu 6.000 StudienanfängerInnen im ersten Studiensemester aufzunehmen. Sie sagen zu, Lehrveranstaltungen nach Befragung von Studierenden und Lehrenden zu bewerten und die Qualitätssicherung weiterzuentwickeln. Alle mit dem Bologna-Prozess verbundenen Reformen werden weiterentwickelt. Die alten Abschlüsse (Diplom, Magister und Staatsexamen) sollen Ende 2013 auslaufen. Die Universitäten können Professuren mit dem Schwerpunkt Lehre einführen. Die Lehrerausbildenden

Universitäten stellen sicher, dass ab 2014 mindestens 1.000 Lehramtsabsolventen pro Jahr zur Verfügung stehen, die vom Land Berlin zeitnah in den Vorbereitungsdienst zu übernehmen sind. Die Hochschulen sagen zu, geeignete Maßnahmen vorzubereiten, um BewerberInnen mit Migrationshintergrund zur Aufnahme eines Lehramtsstudiums zu motivieren. Dass diese Anstrengungen die in der Paraphenfassung vorgesehenen Mittel erfordern, wird von beiden Seiten anerkannt.

Listiger Senat

Doch Ende Oktober findet sich nach »redaktioneller Bearbeitung« seitens des Landes plötzlich die Formulierung wieder, dass Mittel »bis zur Höhe von« zur Verfügung gestellt werden sollen. So war das nicht parapiert worden. Und folgerichtig regte sich Empörung auf der Hochschuleseite, die auch durch Interpretationen des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes nicht beruhigt werden konnte. Der Präsident der Freien Universität (FU) stellte in einem Leitartikel eines FU-Blattes klar, dass dies so auf

keinen Fall akzeptabel sei. Gleichwohl wurde im Januar unterzeichnet, wenn auch für die FU nicht durch Lenzen, sondern durch eine Stellvertreterin; Lenzen geht ja auch nach Hamburg ...

Die GEW stellt anlässlich der Unterzeichnung fest, dass für die dringend erforderliche (und durch die Bundesministerin eingeforderte) Verbesserung von Studium und Lehre kein zusätzlicher Cent vorgesehen ist. Lediglich der Status quo der Struktur der Berliner Hochschullandschaft wird gehalten. Die Lippenbekenntnisse der Politik erweisen sich entgegen den Streikforderungen der Studierenden als hohl. Fehler bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses lassen sich so nicht korrigieren.

Zu Recht fordert die Berliner GEW-Vorsitzende Rosi Seggelke, dass für die wichtigste Aufgabe der Hochschulen, die Ausbildung der Studierenden, eine bessere Personalausstattung nötig ist, und zwar ohne Fristverträge und schlecht bezahlte Lehraufträge. Auch die personelle Ausstattung der Immatrikulations- und Prüfungsämter sowie der Studienberatungen müssten deutlich gestärkt werden. Wie unbestritten wahr! ■

Eine Gedächtnislücke

Vor 70 Jahren startete der studentische »Facheinsatz OST«

von Matthias Burchard, Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa

Kann das Eingeständnis von NS-Geschichte Jahrzehnte später noch schwierig sein? Offenbar ja. Seit zehn Jahren verweigern deutsche Universitäten und Gedenkstätten die überfällige Kennzeichnung des SS-Zentralbodenamtes RKF (Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums) in Mitte von Berlin.

Am 28. Februar 1940 brachen die ersten 120 Studierenden vom Bahnhof Berlin-Charlottenburg nach Posen und Lods auf. Das Ziel war die Erfassung und Beschlagnahme von mehreren 100.000 polnischen landwirtschaftlichen Kleinbetrieben mit sieben Millionen Hektar Land in den sogenannten »eingliederten Ostgebieten«. Dort, in den

NS-Verwaltungsbezirken Ostoberschlesien, dem Wartheland, Danzig-Westpreußen und Zichenau nördlich von Warschau waren 29 Zweigstellen des SS-Zentralbodenamtes des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums (ZBA) eingerichtet worden. In den entscheidenden Jahren 1940 bis 1941/42 unterstand das ZBA dem Leiter des SS-Planungsamtes RKF, Prof. Dr. Konrad Meyer, welcher als Multifunktionär seit Herbst 1933 auch Referent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung war. Hunderttausende Hoferfassungsbögen wurden der Berliner Zentrale des SS-ZBA in der Friedrichstraße 110/112 zugeführt, welche in der großen Passage zwischen

Friedrichstraße und Oranienburger Straße im »Haus der Technik« ansässig war, heute überwiegend eine Baulücke und vom Tacheles genutzt. Eine hohe Anschaulichkeit der historischen Planungsbegeisterung, des Rassismus und der damaligen Völkerverachtung liefert die Münchener Studentenzeitung *Die Bewegung*. Im Februar 2009 bestätigte das Bundesarchiv, dass allein im Jahr 1940 dreitausend deutsche Studierende im Rahmen des Facheinsatzes Ost bei den brutalen Germanisierungen in den neuen deutschen Ostgebieten assistierten. Dennoch hält das eiserne Schweigen der deutschen Universitätshistoriker, Gedenkstätten und des Bundesministeriums für Bildung und For-



FOTO: PRIVAT

Kabbelige See

Fachtag über Praxis und Zukunft der sozialpädagogischen Dienste

von Herwig Grote, Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Am 18. Februar veranstaltet unsere Fachgruppe den Fachtag »Stand und Perspektiven des ASD/RSD«. Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft ASD/KSD statt. Die Referenten Rainer-Maria Fritsch (Staatssekretär der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) und Hans Leitner (Start gGmbH) werden über Reformbestrebungen in Berlin und Brandenburg berichten und ihre Thesen zum weiterführenden Handlungsbedarf zur Diskussion stellen. Kay Biesel (Alice-Salomon-Hochschule) und Herbert Schubert (Fachhochschule Köln) berichten über Zielsetzungen und erste Ergebnisse zweier Forschungsprojekte zur Jugendhilfe. Herbert Bassarak (Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg) spricht übergreifende Themen wie Personalbemessung, Kooperation öffentlicher und frei-gemeinnütziger Träger an. Marie-Luise Conen, Familientherapeutin und Publizistin, wird an der Diskussion teilnehmen.

Was ist ein ASD/RSD/KSD?

Der Allgemeine Sozialpädagogische Dienst (ASD) nimmt zentrale Aufgaben der Jugendämter wahr. Der ASD berät und informiert, wann immer Kindern, Jugendlichen und Eltern Probleme über den Kopf wachsen. Seine Hauptaufgabe besteht darin, Hilfen zur Erziehung zu organisieren und zu finanzieren, um Kindern, Jugendlichen und Eltern gute Entwicklungsbedingungen zu ermöglichen. Zum doppelten Mandat (Hilfe und Kontrolle) gehört, dass der ASD gefährdete Kinder in Obhut nimmt und bei Bedarf die Erziehungsfähigkeit von Eltern durch die Familiengerichte prüfen lässt. Da die Bundesländer und Kommunen Gestal-

tungsspielräume nutzen, unterscheiden sich die Funktionen von ASDs wie auch ihre Benennung. Im süddeutschen Raum spricht man häufig vom Kommunalen Sozialdienst (KSD), da hier sozialrechtliche und jugendhilferechtliche Aufgaben in einem kommunalen Dienst integriert werden.

Im Zuge der Sozialraumorientierung als einem zentralen Reformanliegen Berlins wurden die ASDs in Berlin »regionalisiert«. Man spricht deshalb vom Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD).

Von der Repression zur Hilfe

Bis in die siebziger Jahre hinein hatte die Jugendhilfe einen stark repressiven Charakter (vergleiche die Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren). Das Image von Jugendämtern war als Kontroll- und Sanktionsbehörde denkbar schlecht. Nur gegen erhebliche Widerstände ließen sich während der sechziger und siebziger Jahre neue Formen der Hilfe im Zuge der »Heimkampagne« entwickeln. Es dauerte aber noch weitere 20 Jahre, bis die Sozialpädagogische Familienhilfe und andere familienunterstützende Hilfeformen in der bundesdeutschen Gesellschaft eine (leidliche) materielle Basis erhielten.

Steuern und Rudern

Mit der Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1991 wurden weitreichende Ziele verfolgt. Hilfen sollten bedürfnisgerecht realisiert werden, Familien erhielten einen Rechtsanspruch auf geeignete Unterstützung. Das Image von Jugendämtern sollte grundsätzlich verändert werden (Dienstleistung statt

Repression). Zeitgleich mit der Wiedervereinigung und der Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes setzten Bemühungen zur Reform der öffentlichen Verwaltung ein. In den östlichen Bundesländern wurden analoge Verwaltungs- und Jugendhilfestrukturen wie in den westlichen Bundesländern aufgebaut, während vorhandene Strukturen (Jugendclubs) nicht mehr finanzierbar waren. Der ehemals erfolgreiche Deutsche Achter wurde zu einem Leitbild der Verwaltungsreform: Die Mitarbeiter sollten rudern, die Leitung sollte steuern.

Eine Flut kleinerer und grundlegender Reformen hat seitdem insbesondere die Jugendämter erfasst. Neben der Gebietsreform in Berlin stellte insbesondere das Programm der Sozialraumorientierung mit ihrer »Top-Down«-Strategie die Jugendhilfe auf den Kopf. Abläufe wurden grundlegend verändert, die Beziehungen zwischen öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern neu justiert.

Gravierend waren die Haushaltskonsolidierungsbemühungen des Landes Berlin seit 2002, die neben einer personellen Unterausstattung im öffentlichen Dienst zu erheblichen Kürzungen der Leistungen für Familien führten. Auch die neue Gesetzeslage zum Kinderschutz haben weitreichende Wirkung für die berufliche Praxis.

Aktuell sorgt ein Gutachten der Firma »steria mummert« zur Personalausstattung sozialräumlich organisierter Berliner Jugendämter für Besorgnis, da die Schlussfolgerungen zur Personalausstattung den erfahrbaren Problemen widersprechen. ■

Das gesamte Programm der Veranstaltung findet sich auf der Homepage der GEW Berlin: <http://www.gew-berlin.de/20004.htm>



FOTO: PRIVAT

Frischer Wind und alte Ansprüche

Die Verwirrung bei den Einstellungsverfahren nimmt zu

von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW BERLIN

In der Januarausgabe der blz haben wir über die FristverträgerInnen berichtet. Wer glaubte, mit dem Angebot der Senatsbildungsverwaltung sei nun alles klar, der irrt. Im Gegenteil: Die Probleme sind nur verschoben. PKB (Personalkostenbudgetierung) droht an sich selbst zu ersticken.

Nötig ist ein kurzer Rückblick. Am Anfang stand ein neues Konzept: Alle Schulen bekommen ihre Personalausstattung zu 100 Prozent zentral zugewiesen und die Einzelschule bekommt drei Prozent ihres anerkannten Unterrichtsbedarfs in Geld – die PKB-Mittel. Von Anfang an war ein Fehler eingebaut: PKB war nur für kurzfristigen Vertretungsbedarf gedacht. Weil man aber mit 100 Prozent nicht über die Runden kommt, wurde damit auch Regelbedarf abgedeckt. Das war illegal, aber die Zentrale hat alle Augen zuge-drückt.

Ik bün all do!

Und so wuchs Jahr für Jahr die Anzahl von KollegInnen mit einem PKB-Vertrag und damit mit einem arbeitsrechtlichen Vorrang bei Einstellungen. Erste Folge: Die Verfahren wurden unübersichtlicher. Denn

über die PKB-Verträge, die über die Schulen laufen, gibt es keine Übersicht. Die Senatsbildungsverwaltung weiß nicht genau, wer in ihrem Bereich tätig ist. Ohne die mühsame Kleinarbeit der regionalen Personalräte wäre hier schon lange das Chaos ausgebrochen. Die zweite Folge betrifft die Schulleitungen: Wenn eine Schulleitung endlich eine unbefristete Stelle zugesprochen bekommen

hat und der Hase sich am Ziel wähnte (Ich kann mein/e ReferendarIn halten!), saßen dort schon drei PKB-Igel und riefen »Ik bün all do!«

Nun hat Jürgen Zöllner zum Halbjahr 200 unbefristete Einstellungen bekommen. Ein halbes Jahr vorher hat er 300 KollegInnen mit einem Einjahres-Vertrag eingestellt. Von den anderen laufenden PKB-Verträgen reden wir gar nicht erst.

Wer von den gerade fertig gewordenen ReferendarInnen hätte zum 1. Februar 2010 eine Einstellungs-chance gehabt? Wie viele wären sofort abgewandert? Und welche negativen Schlagzeilen hätte das gegeben?

Lehrkräfte erster und zweiter Klasse

Man muss der Verwaltung eines zugute halten: Sie ist einer GEW-Idee gefolgt. Nun bekommen viele der Fristverträger mit dem Einjahres-Vertrag ein Angebot auf eine unbefristete volle Stelle zum nächsten Schuljahr. Damit verschwinden sie von den Bewerbungslisten, und es gibt die Chance, endlich auch junge, gerade fertig gewordene ReferendarInnen zu bekommen.

Das Angebot hat allerdings einen Haken; es gilt nicht für die mit der Note »Ausreichend«. Offensichtlich sind diese KollegInnen gut genug für einen Fristvertrag, gut genug, in prekärer Situation Regelbedarf abzudecken - aber nicht für mehr. Das ist zynisch: Wer längere Zeit zur Zufriedenheit der Schulleitung unterrichtet hat, hat einen



FOTO: PRIVAT



unbefristeten Vertrag verdient. Das haben wir der Dienststelle unmissverständlich mitgeteilt.

Es gibt noch einen generellen zweiten Haken. Berücksichtigt werden nur die Laufbahnbewerber. Sollte das nicht, mag jetzt die *blz* lesende Lehrkraft denken, selbstverständlich sein? Wozu habe ich mich durch das Erste und Zweite Staatsexamen gequält? Ich drehe die Argumentation um. Berlin hatte noch nie ein langfristiges Personalkonzept, erst recht nicht für Mangelfächer. Und nun arbeiten Quereinsteiger mit Fristverträgen, ganz offensichtlich zur Zufriedenheit ihrer Schulleitungen. Für PKB sind sie also gut genug; um Mangelbedarf abzudecken reichen die Qualifikationen; das Feigenblatt für eine nicht vorhandene Personalplanung dürfen sie sein – aber

für eine unbefristete Einstellung sind sie nicht gut genug. Eine flexible Einstellungspolitik müsste hier über Einzelfallregelungen nachdenken.

Ein Blick in die Zukunft

Der Einstellungskorridor soll zum nächsten Schuljahr größer werden; man munkelt von 600 bis 700 Stellen. Das klingt gewaltig, aber abgezogen werden davon die 200 »vorgezogenen« Einstellungen dieses Schulhalbjahrs; abgezogen davon werden die über 300, die jetzt das Angebot bekommen; abgezogen werden die Einstellungen für die Europaschulen, die Überwechsler aus Brandenburg, die vorgehaltenen Stellen für Bewerbungen auf Funktionsstellen aus

anderen Bundesländern. So wird kaum etwas übrig bleiben für die ReferendarInnen, die bis dahin fertig geworden sind und an die Tür klopfen. Und sie konkurrieren mit allen KollegInnen in PKB mit dem arbeitsrechtlichen Vorrang.

Jahr für Jahr wird die Bugwelle größer. Zöllner hat sich mit seinem Angebot für dieses Halbjahr etwas Luft verschafft, mehr nicht. Den Knoten kann er nur lösen, wenn endlich von der sturen Vorgabe der 100 Prozent Abschied genommen, das Hinstoppeln von Halbjahr zu Halbjahr beendet wird – wenn die Schulen nicht mehr von der Hand im Mund leben müssen. Das ist die einzig sinnvolle Erkenntnis. Deshalb wird sie auch, so fürchte ich, in den nächsten Jahren keine Chance auf Verwirklichung haben. ■

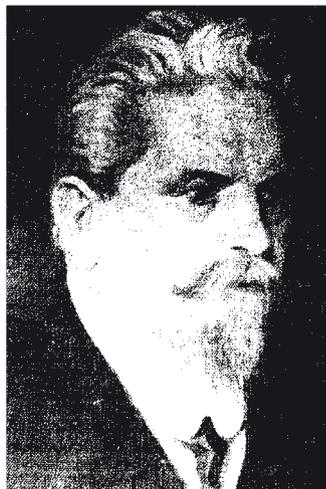
Ein fast vergessenes Leben

Gottfried Röhl: Vorkämpfer für eine bessere Schule

von Eleonore Kujawa, ehemalige Schulleiterin der Gottfried-Röhl-Grundschule

Wer war dieser Gottfried Röhl? Eine Grundschule im Wedding trägt seinen Namen, aber über die Schule hinaus ist er fast niemandem bekannt. Jedoch hat er es verdient, dass wir PädagogInnen uns an ihn erinnern.

Röhl wurde 1852 in einem Dorf in Pommern geboren und wuchs mit fünf Geschwistern auf einem Bauernhof auf. Als Kind erlebte er die völlig unzureichenden Lernbedingungen der Dorfschule. Nach der Schulzeit besuchte er ein Lehrerseminar und erreichte 1871 die Abschlussnote »sehr gut«. Er bekam eine Anstellung in Anklam, aber schon 1874 zog es ihn nach Berlin. Nach der Gründung der 86. Gemeindeschule 1875 wurde er Lehrer dieser Weddinger Schule und blieb in ihrem Kollegium bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1921.



Gottfried Röhl

1879 wurde er zum Schriftführer im Bezirksverband Berlin des Deutschen Lehrervereins (DLV) gewählt und 1880 zum Vorsitzenden der Kommission zur Herausgabe der Pädagogischen Zeitung im neu gegründeten Berliner Lehrerverein. In vielen Schreiben an die Lehrervereine in den anderen Ländern warb er nachdrücklich für den Beitritt zum DLV,

sodass sich die Mitgliederzahl schnell erhöhte. Schon 1884 wurde Röhl Zweiter Vorsitzender des Berliner Lehrervereins und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des DLV. Er übernahm die Redaktion einer Rechtsschutzbeilage zur Pädagogischen Zeitung, und es war seine Aufgabe, die Preussischen Lehrertage zu organisieren. Ab 1890 war Röhl selbst zwölf Jahre lang der Herausgeber der Pädagogischen Zeitung. 1902 wurde

zum Vorsitzenden des Berliner Lehrervereins gewählt, verzichtete aber auf dieses Amt, nachdem er 1904 der Vorsitzende des DLV wurde. Wer in der heutigen GEW, der Nachfolgeorganisation des DLV tätig ist und Funktionen ausübt, kann sicher nachvollziehen, welche zusätzlichen Arbeiten Röhl neben seiner Tätigkeit als Lehrer erledigte.

Der Sozialreformer

Da der Lehrerverein nicht nur um Verbesserung der sozialen Stellung des Volksschullehrers kämpfte, sondern vorrangig auch um die Rechte des Kindes auf gute Lernbedingungen, war viel zu tun. Es mussten akademische Ausbildungsstätten her für Lehrer statt der Lehrerseminare. Für eine angemessene Besoldung und für Weiterbildungsveranstaltungen musste gekämpft werden. Der DLV organisierte selbst Universitäts-Ferienkurse in den Herbstferien. Röhl und der DLV setzten sich für die Abschaffung der Verpflichtung der Lehrer, am Sonntag die Glocken zu läuten und



FOTO: PRIVAT

beim Gottesdienst die Orgel zu spielen ein. Es galt die Versorgung der Witwen verstorbener Kollegen zu sichern, deshalb richtete der DLV eine Witwenkasse ein.

Die Abschaffung der Kinderarbeit musste durchgesetzt werden. 1898 stellte eine Erhebung des Deutschen Lehrervereins eine Million Kinder unter 14 Jahren als erwerbstätig fest, der Tagelohn betrug zum Teil nur 15 Pfennig. Der DLV kämpfte auch für eine Schulpflicht aller Kinder in einer gemeinsamen Volksschule und die Reduzierung der Klassengrößen. Nach einer Statistik kamen 1906 in Preußen in den Volksschulen im Durchschnitt 63 Kinder auf eine Lehrkraft, in den Höheren Schulen dagegen nur 17 Schüler. Eine weitere Forderung des DLV war die Trennung des Schulunterrichts von der konfessionellen Schulaufsicht und die Abschaffung der Vorklassen an Gymnasien für die Kinder reicher Eltern.

Erfolgreicher Kampf

Mit vielen Resolutionen und Eingaben waren die Lehrer erfolgreich. So wurde

1872 in Preußen die konfessionelle Schulaufsicht abgeschafft. 1903 wurde die Kinderarbeit für Kinder unter 12 Jahren gesetzlich verboten, aber dieses Verbot wurde oft nicht eingehalten, besonders nicht in der Landwirtschaft oder wenn die Mutter zu Hause mit Heimarbeit das Geld für die Familie aufbringen musste. Viele der Forderungen des DLV wurden durch die Verfassung von Weimar 1919 erfüllt, so zum Beispiel auch das Verbot der Vorschulen für Kinder reicher Eltern an den Gymnasien. Dieses Verbot wurde 1949 sogar in Artikel 7 in den Katalog der Grundrechte in unser Grundgesetz übernommen.

Röhl konnte 1925 stolz auf seine Tätigkeit für die Rechte der Kinder und die Arbeitsbedingungen der Lehrer zurückblicken. Für Funktionen kandidierte er nicht mehr, aber die Lehrer ernannten ihn zum Ehrevorsitzenden des Deutschen Lehrervereins.

1933 musste er mit Verbitterung erleben, wie die Demokratie in Deutschland unter dem nationalsozialistischen Gewaltregime beseitigt wurde, wie die Parteien und Gewerkschaften und auch die

Lehrervereine verboten wurden und wie demokratische und jüdische Kollegen aus den Schulkollegien gerissen wurden.

Am 17. Januar 1935, kurz vor seinem 83. Geburtstag, starb Röhl als angesehener Weddingener Bürger. Die Beisetzung seiner Urne auf dem Friedhof in der Seestraße wurde von Zeitzeugen als gewaltige Demonstration demokratischer LehrerInnen beschrieben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die Schule, in der er mehrere Jahrzehnte als bei den Schülern beliebter und von den Kollegen deutschlandweit geachteter Lehrer tätig war, seinen Namen. Wir in unserer Gewerkschaft sollten uns 75 Jahre nach seinem Tod dankbar an ihn erinnern, damit es nicht mehr heißt: »Unbekannt«.

Wer sich über die Entwicklung der Grundschule vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit informieren möchte, hat dazu Gelegenheit in einer Ausstellung in der Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung, Warschauer Straße 34, 10243 Berlin. Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 10 bis 18 Uhr, Freitag 8 bis 18 Uhr (bis April 2010)

ANZEIGE

blz LeserInnenreisen 2010:

NEU



„Kulturhauptstadt 2010“

8 Tage ab
629,-€

Istanbul Ein Märchen aus 1001 Nacht

13.03. - 20.03.2010 (Durchführungsgarantie!)
16.10. - 23.10.2010 (Herbstferien in Berlin!)

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen: Charterflug von Berlin/Tegel nach Istanbul und zurück in der Economy Class, Transfers und Ausflüge gemäß Programm im klimatisierten, modernen Reisebus, 7 Übernachtungen in **** bis ***** Hotels, Koffer- und Trinkgelder in Hotels, 7 x Halbpension (Frühstück und Abendessen); 6 Mittagessen, qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung und vieles mehr!



4 Tage ab
539,-€

Südengland Parks und Gärten

13.05. - 16.05.2010 (Himmelfahrt!)

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen: Fahrt im Schlafsesselreisebus mit Klimaanlage und WC ab Berlin, Schiffspassagen, 3 Übernachtungen im ****+ Hotel, 3 x Halbpension, Reiseleitung am 2. und 3. Tag, Eintrittsgebühren und vieles mehr!

Weitere Reiseinformationen anfordern: GEWIVA • blz@gew-berlin.de oder Tel. 21 99 93 46

Veranstalter dieser Reisen ist ts|medialog GmbH, Travelservice für Verlage und Gruppen Bielefeld.
Der Verlag der blz, GEWIVA-GmbH, tritt lediglich als Vermittler auf.

Das Bildnis des Dorian Gray

Wir zeigen die Verfilmung des Klassikers von Oscar Wilde in einer Voraufführung am 28. Februar

von der Kultur AG der GEW BERLIN



Szenenfoto: Dorian Gray (Ben Barnes) gibt sich hemmungslosem Vergnügen und verbotenen Begierden hin.

FOTO: VERLEIH

Schön, jung und reich. Das alles beschreibt den anfangs schüchternen Engländer Dorian Gray (Ben Barnes), als er Ende des 19. Jahrhunderts nach London zieht, um dort ein neues Leben anzufangen. Als der begnadete Maler Basil Hallward (Ben Chaplin) ein geradezu perfektes Porträt von ihm malt, auf dem Dorian's Schönheit und Anmut beinahe lebensecht erscheinen, beginnt dieser Gefallen an seiner Perfektion zu finden. Unter den Fittichen des charismatischen Lord Henry Wotton (Colin Firth) findet Dorian schnell Gefallen an den hedonistischen Freuden der gehobenen Großstadt-Gesellschaft und lernt, dass sein Aussehen ihm alle Türen öffnet. So wundert es nicht, dass, kaum ist das Bild enthüllt, Dorian ein gedankenloses Versprechen äußert: Seine Seele würde er dafür geben, dass nicht er, sondern das Gemälde altert!

Dorian's Wunsch wird Wirklichkeit: Während er sich ohne jegliche äußere Konsequenzen hemmungslosem Vergnügen und verbotenen Begierden hingibt, wird sein gemaltes Abbild mit jeder be-

gangenen Sünde hässlicher und grauenregender. Um sein dunkles Geheimnis zu bewahren, geht Dorian bis zum Äußersten. Jahre später quälen ihn die Geister der Vergangenheit mehr denn je. Als er sich in die junge Emily (Rebecca Hall) verliebt, schöpft er wieder Hoffnung auf Erlösung ...

Regisseur Oliver Parker adaptiert mit *Das Bildnis des Dorian Gray* zum dritten Mal einen Klassiker von Oscar Wilde. Ohne dem legendären Roman des irischen

Schriftstellers untreu zu werden, hat Parker die schaurig-schöne Geschichte einer kunstvollen Modernisierung unterzogen.

Der Film startet am 15. April 2010 in den Kinos. Wir zeigen ihn in Zusammenarbeit mit dem Concorde Filmverleih in einer **Voraufführung am Sonntag, 28. Februar**. Wie immer **um 12.30 Uhr im Zoo-Palast** der UCI-KINOWELT. Karten für den Film sind über die GEW-Geschäftsstelle erhältlich. ■

ANZEIGE

MAX und MILLI

Theaterstück von Volker Ludwig
für 1.-4. Klasse

für Schulen: 3. / 4. / 5. / 8. März, 10 Uhr

für Familien: 6. März, 16 Uhr



GRIPS THEATER
am Hansaplatz [U 9]

Tel. 397 47 40
www.grips-theater.de



Gefeiert wird erst später

Über den zähen Kampf für die Gleichbehandlung ausländischer Lehrkräfte

von Musa Özdemir und Gerhard Weil, Landesausschuss für Multikulturelle Angelegenheiten

Die Geisteshaltung, dass »Deutschsein« für einen Führungsanspruch in der Welt schon ausreicht, war jahrzehntelang bei Anerkennungsfragen zu ausländischen Bildungsgängen erkennbar – besonders bei Lehrerbildungsfragen. Die entsprechenden Referate in den Bildungsministerien, unterstützt von einer Koordinierungsstelle beim »Ständigen Sekretariat der Kultusministerien (KMK)« sorgten dafür, dass deutsche Lehrerbildungsabschlüsse unvergleichlich besser erschienen als sonst wo in der Welt. Schließlich gab es nirgends ein zweijähriges Referendariat. Als Konsequenz wurden Lehrkräfte mit heimatlicher Lehrbefähigung um mehrere Gehaltsstufen schlechter als ihre KollegInnen mit deutscher Ausbildung eingestuft, trotz absolut gleicher Arbeit. Dafür sorgten auch lange Zeit die Richtlinien des Tarifvertrages der Länder (TdL).

Deswegen gründeten sich innerhalb der GEW die Landesausschüsse für Multikulturelle Angelegenheiten (LAMA) und auf Bundesebene der BAMA, getragen überwiegend von KollegInnen mit türkischem Migrationshintergrund. Das war vor dreißig, fast vierzig Jahren und ein langer, zäher, nicht besonders erfolgreicher Kampf gegen die Bildungsbehörden begann.

In Berlin entstand nach dem Ende der Vorbereitungs-klassen in großer Zahl ab 1981/82 immerhin eine gründliche Analyse der Ausbildung und des Einsatzes der »Lehrkräfte nach Heimatrecht« (es gab 379 solcher Lehrkräfte, davon 284 mit türkischer Herkunft 1984 in Berlin) und als Konsequenz daraus die Einrichtung des »Lehrgangs für ausländische

Lehrkräfte« in den Jahren von 1986 bis 1996. In jeweils zwei Jahren Lehrgangszeit gab es in Kleingruppen Kurse in Fachdeutsch mit insgesamt 1060 Unterrichtsstunden, außerdem Allgemeine Didaktik und Schulrecht und im zweiten Kursjahr vor allem Fachdidaktik in zwei Regelfächern. Auf Betreiben des damaligen Landesschulrates Bath besuchten Oberschulräte der Senatsverwaltung den Unterricht der LehrgangsteilnehmerIn-

»Schlechtere Bezahlung der ausländischen Lehrkräfte trotz absolut gleicher Arbeit«

nen, um über deren Fachdeutschkenntnisse zu befinden. Im Nachhinein erwies sich dieser prüfungsähnliche Schlussakord als Segen, denn damit war der schulaufsichtliche »TÜV-Stempel« bei gut 150 KollegInnen erteilt – zunächst ohne Konsequenz: Die Absolventen mussten vor Lehrgangseintritt schriftlich bestätigen, dass sie die Festlegung der Senatsverwaltung zur Kenntnis genommen hatten, ihnen eine Höhergruppierung nach positivem Abschluss zu verweigern.

Selbst nachdem das Land Berlin unter Diepgen wegen der Gleichbehandlung von Ost- und Westangestellten aus der Tarifgemeinschaft der Länder geworfen wurde, scheiterten GEW-Versuche einer Angleichung der Bezüge für Lehrkräfte mit heimatrechtlicher Lehrbefähigung. Inzwischen hatte sich diese Gruppe durch die Staatlichen Europa-Schulen Berlin (SESB) erheblich erweitert. Hier wollten vor allem die britischen und US-amerikanischen KollegInnen die empörende Ungleichbehandlung nicht länger

hinnehmen. Die Elterninitiative *fairpay* war dabei maßgeblich aktiv und eine Klage in Richtung EU wurde angestrengt – doch leider musste das Verfahren wegen der Heimkehr des betroffenen Kollegen abgebrochen werden. Allerdings kam es beim rapide anwachsenden Bedarf für den Englischunterricht namentlich in den östlichen Bezirken gelegentlich zu günstigeren Einstellungsstarifen von Muttersprachlern.

Jetzt wurde eine Besserstellung allein der Lehrkräfte an den SESB diskutiert. Gleichzeitig kam es in Berlin bei Neueinstellungen generell zu den bis heute an-

haltenden Schlechterstellungen, die zahlreiche Absolventen nach Hamburg, Hessen oder ins Schwabenland vertrieb.

Am 27. September 2008 wurde die EU-Richtlinie 2005/36/EG für Lehrkräfte vom Abgeordnetenhaus als »Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie ...« verabschiedet. Als Voraussetzungen für die Gleichbehandlung der Lehrkräfte nach Heimatrecht wurden gute Sprachkenntnisse, langjährige Unterrichtspraxis und erfolgreiches Durchlaufen eines Anpassungslehrgangs genannt.

Der Berliner LAMA erkannte nun sehr schnell, dass die beschriebenen Voraussetzungen mit der erfolgreichen Teilnahme am damaligen »Lehrgang für ausländische Lehrkräfte« erfüllt waren. Vor allem das für Tariffragen zuständige Vorstandsmitglied, Holger Dehring, unterstützte uns in dieser Einschätzung. Die GEW Berlin schickte deshalb einen Brief an die Senatsverwaltung, die Personalräte wurden informiert und die ersten Anträge der Betroffenen auf den Dienstweg gebracht.

Wie leider nicht anders zu erwarten, wurde diese »Ansinnen« mit dem Hinweis auf die angespannte Haushaltssituation abgelehnt. Wahrscheinlich konnten sich auch keine der leitenden MitarbeiterInnen der Senatsbildungsverwaltung an den damaligen Lehrgang erinnern und man war frohgemut, die EU-Vorschrift durch Nichtorganisation des Anpassungslehrgangs unterlaufen zu können. Angesichts der Klagebereitschaft der Betroffenen und informiert vom LAMA und den beiden Autoren dieses Beitrages wandte sich der Bündnis 90/Grüne-Abgeordnete Özcan Mutlu mit Schreiben vom 2. Juli 2009 an Senator Zöllner mit der Aufforderung, die Ablehnungen der Absolventen des »Lehrgangs für ausländische Lehrkräfte« zu überdenken, »damit diese Ungleichbehandlung im Interesse aller endlich ein Ende nimmt«. Die Antwort des Senators signalisierte dann den durch politischen Druck ein-

geleiteten Sinneswandel: »Hierzu möchte ich feststellen, dass von den bisher hier eingegangenen 62 Anträgen auf gleiche Bezahlung 35 positiv entschieden wurden. Vier Antragsteller verfügen bereits über eine Gleichstellung mit einem Berliner Lehramt. 13 Vorgänge sind noch offen, werden aber derzeit ... geprüft.«

Zwar sind immer noch Fälle bekannt, bei denen Anträge auf Gehaltsanpassung trotz erfolgreichem Lehrgangabschluss aus unerklärlichen Gründen abgelehnt wurden, aber dafür gibt es ja Widersprüche und Gerichtsentscheidungen. Musa Özdemir hat die meisten Betroffenen informiert, aber vielleicht verhilft auch dieser Artikel noch zu weiteren Anträgen.

Mit den türkischen GEW-»Veteranen« der ersten Stunde Safter Cinar, Sanem Kleff und Riza Baran sollte nun im GEW-Haus eine kleine Feier stattfinden. Aber der Bildungssenator wäre nicht er selbst, hätte

er nicht noch in letzter Sekunde gemäß alter Tradition einen Vorbehalt ausgedacht: Es müsse noch eine Sprachprüfung her.... Die Feier wurde erst einmal verschoben. Aber auch diesen Konflikt werden wir noch durchstehen!

Es hat sich gezeigt und wird sich zeigen, dass ein jahrzehntelanger Kampf für Gleichbehandlung doch noch zu einem guten Ende geführt werden kann. Trotz alledem! ■

Alle Berliner Lehrkräfte mit einer nichtdeutschen Lehrbefähigung nach dem Recht des Heimatlandes, die in der Zeit von 1986 bis 1996 erfolgreich am damaligen »Lehrgang für ausländische Lehrkräfte« des Schulsenators teilgenommen haben und sich noch im Dienst befinden, haben jetzt die Chance, wie ihre deutschen angestellten KollegInnen bezahlt zu werden. Sie sollten unverzüglich einen Antrag unter Hinweis auf das im Text beschriebene Berliner Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2005/36/EG auf Gleichbehandlung stellen und eine Kopie der Lehrgangsurkunde beifügen. Eine Durchschrift kann an Musa Özdemir vom GPR gesendet werden.

Ansprüche schriftlich geltend machen

Befristet beschäftigte Lehrkräfte beim Weihnachtsgeld benachteiligt

von Katja Metzger, Referentin Angestellten-, Beamtenrecht

Im November 2009 erhielten die beim Land Berlin angestellten Lehrkräfte die Sonderzahlung nach § 20 TV-L (allgemein als Weihnachtsgeld bezeichnet), soweit nicht letztmalig die Zuwendung nach den auslaufenden BAT-Regelungen zustand. Normalerweise wird die Sonderzahlung auf Basis des regelmäßigen durchschnittlichen Entgelts für die Monate Juli bis September gezahlt. Sie beträgt bei Beschäftigten in den Entgeltgruppen nach der genannten Bemessungsgrundlage:

| | Tarifgebiet | Tarifgebiet |
|----------------------|-------------|-------------|
| | West | Ost |
| E 1 bis E 8 | 95 v.H. | 71,5 v.H. |
| E 9 bis E 11 | 80 v.H. | 60 v.H. |
| E 12 bis E 13 | 50 v.H. | 45 v.H. |
| E 14 bis E 15 | 35 v.H. | 30 v.H. |

Besonderheiten sind zu beachten, wenn nicht in allen Monaten des Jahres Entgelt gezahlt wurde oder wenn das Entgelt für die Monate Juli bis September nicht als Berechnungsbasis dienen kann.

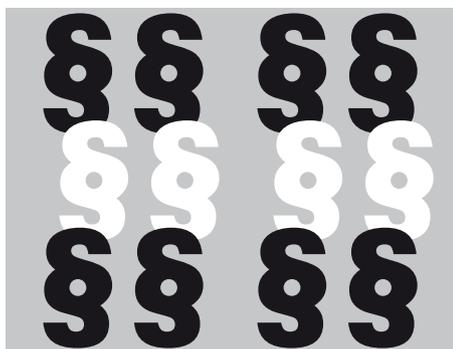
So wird die Sonderzahlung für jeden vollen Kalendermonat ohne Entgeltanspruch um ein Zwölftel vermindert, wenn nicht besondere Ursachen für die Nichtzahlung von Entgelt maßgeblich waren, z.B. Mutterschutz.

Darüber hinaus ist jedoch festzustellen, dass Personalsachbearbeiter bei Fristbeschäftigten, deren Arbeitsverhältnis im laufenden Jahr zeitweise unterbrochen war, beispielsweise während der Sommerferien, die Sonderzahlung für die Arbeitsmonate vor der Unterbrechung um jeweils ein Zwölftel kürzen. Auf Nachfrage wird dann die Aussage getroffen, dass nach § 20 TV-L nur Zeiten eines ununterbrochenen Arbeitsverhältnisses bei der Sonderzahlung zu berücksichtigen wären. Dies ergibt sich jedoch nicht aus dem Text des Tarifvertrages.

Deshalb sollten alle angestellten Lehrkräfte, deren Arbeitsverhältnis zum Land Berlin 2009 unterbrochen war, die Höhe ihrer Sonderzahlung prüfen oder – als GEW-Mitglieder – durch das Referat A

oder die Landesrechtsschutzstelle der GEW BERLIN prüfen lassen. Sofern die Sonderzahlung zu niedrig ausgefallen ist, muss der Anspruch auf Nachzahlung des entsprechenden Sonderzahlungsanteils unbedingt bis zum **13. Mai 2010** (Eingangsdatum!) gegenüber der Personalstelle schriftlich geltend gemacht werden. Außerdem ist für den Nachweis der fristgemäßen Geltendmachung zu sorgen. Gemäß § 37 Abs. 1 TV-L verfällt der Anspruch bei nicht fristgemäßer und nicht schriftlicher Geltendmachung innerhalb von sechs Monaten seit Fälligkeit.

Zur Klärung der Rechtslage führt ein GEW-Mitglied mit Unterstützung der Landesrechtsschutzstelle eine »Musterklage«. Alle anderen Betroffenen sollten nach ihrer individuellen Geltendmachung den Ausgang der Musterklage abwarten, was leider einige Zeit dauern wird. Ordnungsgemäß geltend gemachte Ansprüche aus dem Jahr 2009 können erst mit Ablauf des 31. Dezember 2012 verjähren. ■



WEIHNACHTSGELD NACH DREI JAHREN

»BETRIEBLICHE ÜBUNG«

Hat ein Arbeitgeber mindestens drei Jahre lang freiwillig Weihnachtsgeld gezahlt, so ist daraus für die Arbeitnehmer ein Rechtsanspruch entstanden, hat das Bundesarbeitsgericht unter dem Aktenzeichen 10 AZR 281/08 entschieden und damit seine bisher entgegenstehende Rechtsprechung korrigiert. Will der Arbeitgeber davon abrücken, so genügt es demnach nicht, dass er in künftigen Lohnabrechnungen den handschriftlichen Vermerk anbringt: »Die Zahlung des Weihnachtsgeldes ist eine freiwillige Leistung und begründet keinen Rechtsanspruch.« Die betriebliche Übung wird dadurch nicht aufgehoben – auch dann nicht, wenn ein Arbeitnehmer mindestens drei Jahre lang dem arbeitgeberseitigen Vorbehalt nicht widerspricht. (vn17/09)

LOHNSTEUERKARTE 2010 AUCH FÜR 2011 GÜLTIG

Die Lohnsteuerkarte für 2010 ist die letzte aus Papier. Ab 2011 wird sie durch ein elektronisches Verfahren zur Erhebung der Lohnsteuer ersetzt. Alle Daten, die für die Ermittlung der Lohnsteuer ab 2012 relevant sind, werden dann dem Arbeitgeber von der Datenbank zum elektronischen Abruf zur Verfügung gestellt. Die Einführung des elektronischen Verfahrens erfolgt stufenweise. Deshalb wird auch die Lohnsteuerkarte 2010 etwas länger gültig sein als normalerweise: Sie soll auch noch für das Jahr 2011 anwendbar sein. Arbeitgeber dürfen die Karte also nicht Ende 2010 vernichten, sondern müssen sie noch ein weiteres Jahr behalten. Arbeitnehmer, die den Arbeitsplatz wechseln, nehmen die Karte wie gehabt mit – auch im Jahr 2011. Ab dem Jahr 2012 ist dann allein die Fi-

nanzverwaltung dafür zuständig, dem Arbeitgeber die notwendigen Merkmale für die Besteuerung des Arbeitnehmers zu übermitteln. Diese Daten werden auch Lohnsteuerabzugsmerkmale (EL-StAM) genannt. Arbeitnehmer müssen bei Beginn des Arbeitsverhältnisses lediglich ihre steuerliche Identifikationsnummer angeben und das Geburtsdatum. Die Abschaffung der Lohnsteuerkarte aus Papier hat keine Auswirkungen auf die Steuererklärung. Die muss wie gehabt beim Finanzamt eingereicht werden. (BMF)

GEWERKSCHAFTSWERBUNG PER E-MAIL IST ZULÄSSIG

Mit Urteil vom 20. Januar 2009 (AZ: 1 AZR 515/08) hat das Bundesarbeitsgericht über die Zulässigkeit von Werbung und Informationen einer tarifzuständigen Gewerkschaft an die betrieblichen E-Mail-Adressen von Arbeitnehmern entschieden. Gewerkschaftliche Interessenvertretungen dürfen demnach aufgrund ihrer verfassungsrechtlich geschützten Betätigungsfreiheit grundsätzlich betriebliche E-Mail-Adressen von Beschäftigten auch ohne ausdrückliche Zustimmung des Arbeitgebers zur Mitgliederinformation nutzen. Voraussetzung ist allerdings, dass solche Mails, die nur inhaltlich zulässige Informationen enthalten dürfen, in angemessenen Zeitabständen versendet werden und nicht zu einer Störung des Betriebsablaufes führen. Die Lektüre gewerkschaftlicher E-Mails während der Arbeitszeit ist gestattet, ausgedruckt werden dürfen solche E-Mails allerdings nur mit Zustimmung des Dienstherren oder Arbeitgebers. (E+W Nds)

AKTIEN UND FONDS SIND KEINE ALTERSSICHERUNG

Bei der Zahlung von Arbeitslosengeld II werden solche Vermögensbestandteile nicht angerechnet, die der »Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung« dienen. Das gilt nicht für Anlagen wie Fonds, Wachstumszertifikate und Aktiendepots, die jederzeit verfügbar sind. Bei diesen Anlageformen fehle der Bezug zu einer Alterssicherung, entschied das Bayerische Landessozialge-

richt unter dem Aktenzeichen L 10 AL 222/06. Diese Anlagen dienten vielmehr der Vermögensmehrung und seien teilweise bis gänzlich spekulativ, führte das Gericht aus. (vn17/09)

ANKÜNDIGUNG EINER KRANKHEIT KANN DEN JOB KOSTEN

Kündigt ein Arbeitnehmer an, »krank zu werden«, wenn ihm beantragter Urlaub nicht gewährt wird, so kann das eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Anders könne es aussehen, so das Bundesarbeitsgericht unter dem Aktenzeichen 2 AZR 251/07, wenn der Beschäftigte zum Zeitpunkt seiner »Drohung« bereits »objektiv krank war«. Dann könne nämlich nicht ohne Weiteres von einer Pflichtverletzung des Arbeitnehmers ausgegangen werden. Im konkreten Fall ging es um einen Beschäftigten, der nach Ablehnung seines Urlaubsantrages einen Arzt aufsuchte und für arbeitsunfähig befunden wurde. Die mit der Ankündigung der Erkrankungen verbundene Störung des Vertrauensverhältnisses wiege in diesem Fall weniger schwer. Daher sei eine fristlose Kündigung nicht ohne Weiteres gerechtfertigt. (vn17/09)

KEIN SCHADENERSATZ FÜR BÜRGERSTEIGPARKER

Ein siebenjähriger Junge hatte beim Vorbeifahren ein Auto beschädigt, weil er das Gleichgewicht verlor. Der Autobesitzer hatte ordnungswidrig auf dem Bürgersteig geparkt. Kinder zwischen dem siebten und zehnten Lebensjahr sind für Unfallschäden zwar nicht verantwortlich. Dieses »Haftungsprivileg« gilt aber dann nicht, wenn das beschädigte Fahrzeug geparkt ist. Das Amtsgericht München (AZ: 331 C 5627/09) entschied nun, dass der Besitzer eines ordnungswidrig geparkten Fahrzeugs deshalb keinen Anspruch auf Schadenersatz hat, weil das auf dem Gehweg geparkte Auto den Verkehrsraum des Jungen eingeschränkt und ihn in eine schwer beherrschbare Gefahrensituation brachte. Eine Verletzung der Aufsichtspflicht liege nicht vor, eine ständige Begleitung sei bei schulpflichtigen Kindern nicht mehr nötig. (RZ)

YING, YANG UND MEIN PERSÖNLICHES HAMSTERRAD

Manchmal widerspricht man sich selbst, denn niemand kann sich alles merken. Statt klarer Erkenntnis schwappt, wenn wir ehrlich sind, meist eine nicht genau zu definierende Erkenntnisbrühe im Kopf umher, die alles für uns klar macht.

Wenn ich mir also öffentlich widerspreche, geschieht dies deshalb, weil ich bereits vor Ostern Weihnachten zum Thema machen muss, obwohl es mir schon immer auf den Senkel ging, wenn ich bereits im September im Supermarkt die ersten Weihnachtsmänner sah.

Nur nebenbei: Einige Wochen nach Weihnachten kann ich meiner Waage noch immer nicht ins digitale Auge blicken, denn es werden unakzeptable Werte angezeigt. Andererseits sind diese paar zusätzlich zusätzlichen Kilos in Relation zur Gesamtmasse auch nicht so bedeutend. Eher liegt es wohl daran, dass ich zwei Wochen lang von einer Feier zur nächsten musste, wo überall Geschenke mit dem bemerkenswerten Ergebnis ausgetauscht wurden, dass ich an den Zahlenwert meiner zugenommenen Kilos nur drei Nullen anhängen muss, um auf den Betrag zu kommen, mit dem ich die Nulllinie meines Kontos überschritten habe. Zum Glück gab es die Vereinbarung, nur Kleinigkeiten zu schenken, ansonsten hätte ich die Weihnachtsgeschenke der letzten Jahre zur Pfandleihe bringen müssen, um so die Geschenke für das aktuelle Fest bezahlen zu können.

Aber wie kann das sein? Angeblich bin ich völlig überarbeitet und habe die Vorstellung, dass ein Mensch sehr viel gearbeitet haben muss, bevor er überarbeitet ist. Dies sollte sich dann auch beim Kontostand bemerkbar machen. Macht es aber nicht. Bestimmt liegt es daran, dass Er-

zieher einfach schlecht bezahlt werden.

Wenn wir unsere Kontoauszüge anschauen und feststellen, dass Miete, Strom, Gas und die sonstigen monatlichen Abbuchungen einen finanziellen Spielraum nicht erkennen lassen, dann fragen wir uns notgedrungen, also ganz unidealistisch, ob wir gerecht bezahlt werden. Es ist doch nicht in Ordnung, wenn wir uns für ein Gehalt, das immer nur bis zum nächsten Zahltag reicht, im harten Berufsalltag aufreiben und sogar durch die hohe Arbeitsbelastung krank werden. Dass wir es trotzdem tun, ist eine ganz andere Sache!

Oft wird uns völlig unempathisch entgegengehalten, wir produzierten keine Werte und müssten deshalb aus Steuergeldern finanziert werden. Zwischen den Zeilen schwingt dann irgendwie die Aussage mit, dass wir auf Kosten des Steuerzahlers tätig sind. Gleich anschließend wird zurückrudern betont, dass unsere Arbeit natürlich wichtig sei, nur könne sie nicht so toll bezahlt werden wie etwa die eines Werbeprofis. Aber was schafft der eigentlich? Offensichtlich rackert sich eine ganze Branche seit Jahren ab, um immer blödere und primitivere Werbesprüche zu entwickeln, von denen man tagtäglich in allen Medien traktiert und belästigt wird. Natürlich muss es hart sein, wenn man sich erst jahrelang durch ein anspruchsvolles Studium quält und dann solchen Mist produzieren muss. Vielleicht versteht sich die hohe Bezahlung in der Werbebranche ja als Schmerzensgeld. Nur: Weshalb wird dann der Blödheitsgehalt (bezogen auf die Arbeitsergebnisse) nicht abgesenkt, um dann weniger Schmerzensgeld zahlen zu müssen?

In England haben Wissenschaftler der nef (New Economics Foundation) sich

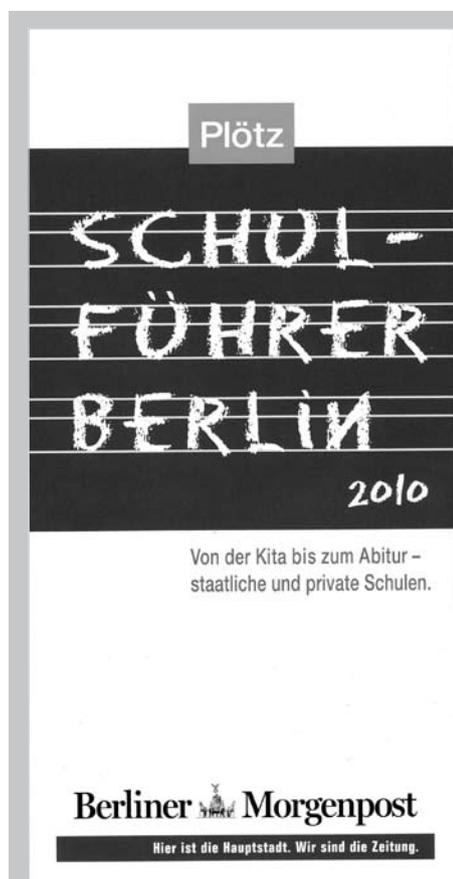
mit der interessanten Frage auseinandergesetzt, in welcher Relation das Gehalt einer Berufsgruppe zum Gemeinwohl steht. Werbeprofis schneiden denkbar schlecht ab, weil sie den Konsum ankurbeln (schlecht für die Umwelt) und unerfüllbare Wünsche (Stress) auslösen. Erzieher hingegen bringen der Gesellschaft für jedes Pfund, das sie verdienen, das Siebenfache, wenn man die Verdienstmöglichkeiten der Eltern und ihre Förderung der Kinder berücksichtigt. Auch Putzkräfte und Müllarbeiter leisten ein Vielfaches ihres Gehaltes. Teuer kommen die Gesellschaft dagegen hochbezahlte Berufe wie Investmentbanker und Steuerberater.

Selbstverständlich kann ich jetzt aus den verschiedensten Gründen heraus unmöglich auf Investmentbanker umschulen, mein gesamter Bekanntenkreis wäre ein einziger Kollateralschaden. Das gilt es zu verhindern. Steuerberater dagegen wäre nicht so schlecht, weil ja jetzt alle entlastet werden sollen. Aber weshalb sollte ausgerechnet ich den Wunsch haben, das sich mit Macht anbahnende Schlamassel erklären zu wollen?

Also doch der peinliche Gang zur Pfandleihe. Ob die sich aber für meine selbst gestrickten Weihnachtsgeschenke von 1983 bis 2009 interessiert, wage ich zu bezweifeln und versuche es deshalb lieber doch nicht.

Es hilft nichts, ich muss zur Bank und fragen, ob aus Gründen der Gleichbehandlung mein Dispokredit nicht in ein negatives Sondervermögen umgewandelt werden kann, um dann ein bad Konto einrichten zu können, das ich ganz bestimmt noch in diesem Jahrhundert ausgleiche, damit ich bereits jetzt durchstarten kann.

Ricardo Zeh



SCHULFÜHRER BERLIN: DER WEG DURCH DEN BILDUNGSDSCHUNDEL

Das Leben ist bunt und unübersichtlich. Für die Schullandschaft in Berlin gilt das Gleiche. Deshalb hat die »Berliner Morgenpost« ein über 400 Seiten dickes Buch herausgebracht, den »Schulführer Berlin 2010«, der stadtweit beworben wird und 14,80 Euro kostet. Carsten Erdmann, Chefredakteur der *Morgenpost*, nimmt allerdings in seinem Vorwort den Mund etwas voll, wenn er dieses Werk als »den ersten Berliner Schulführer« bezeichnet. Derlei gab es schon mehrere, der letzte aus dem Jahr 2005, herausgegeben von der Bildungsberatung Berlin und erschienen im Kulturbuchverlag: mit ähnlichem Preis, dafür ohne quietschbunte Werbung. Erdmann formuliert den Anspruch so: »Hier geben alle Berliner Schulen Auskunft über ihre Anforderungen, Ausrichtung und Angebote. Hier finden Eltern alle nötigen Adressen und kompetente Ansprechpartner.« Und auch Senator Zöllner hat ein lobendes Grußwort beigesteuert.

Schauen wir, ob das Buch den Ansprüchen gerecht wird und Eltern helfen kann. Zunächst gibt es Informationen zur Schulstrukturreform und zum An-

meldeverfahren, bezogen auf Kita-Plätze und auf Schulen. Dann werden die Besonderheiten verschiedener Schultypen vorgestellt – vom altsprachlichen Gymnasium über die Gemeinschaftsschule bis hin zur musikbetonten Grundschule. Der Ton ist sachlich und verständlich; es wird kaum gewertet. Wer zum Beispiel schon immer einmal kurz und präzise erklärt bekommen wollte, was eine Staatliche Europaschule ausmacht, wird hier gut bedient. Allerdings merkt man, dass inzwischen die Google-Generation solche Werke zusammenstellt. Bei den altsprachlichen Gymnasien wird als weiterführende Adresse der Humanistische Verband empfohlen, der »auf seinen Internetseiten unter anderem über humanistische Schulen« informiert. Die haben nun mit den altsprachlichen Gymnasien überhaupt nichts zu tun, aber das kommt heraus, wenn man den Suchbegriff »humanistisch« eingibt und nicht mitdenkt.

Unrühmliche Ausnahme ist der Artikel zu Förderschulen. Bei der Frage »gemeinsam oder getrennt« scheiden sich bekanntlich die bildungspolitischen Geister. Der Artikel referiert – in sehr neutralem Tonfall – die Vor- und Nachteile der Anmeldung an einer Förderschule und bringt als Fazit: »Nicht umsonst besuchen immer noch zwei Drittel aller Berliner Schüler mit Förderbedarf eine Förderschule und nicht den integrierten Unterricht.« Dieses »nicht umsonst« bringt, subtil aber eindeutig, die Wertung: Die Mehrheit kann nicht irren!

Anschließend werden die Schulen vorgestellt, geordnet nach Regionen. Auf die eine Seite mit den Kurztexten der Bezirkspolitiker hätte man gut verzichten können. Wenn ein Bildungsstadtrat Hapel sagen darf »Die Grundschulen in Tempelhof-Schöneberg haben sich motiviert und engagiert den großen Herausforderungen ... gestellt« und wenn man gleichzeitig weiß, dass eben dieser Stadtrat dadurch unliebsam aufgefallen ist, dass er pädagogisch völlig sinnlose Grundschulschließungen betreibt, dann ärgert man sich doch. Aber diese Politik kann man schnell überblättern.

Der Teil der Schulvorstellungen bietet die nötigen Informationen. Ein wenig fühlt man sich mit den Piktogrammen (Schülerzahl, Schulstation, Mittagessen, behindertengerecht u. Ä.) an Campingführer erinnert; aber so ist es ja auch gedacht. Bei den Kurzvorstellungen der Schulen erfährt man das Nötige über Besonderheiten, Ausstattung, Arbeitsge-

meinschaften, Öffnungszeiten, Fremdsprachenfolge – eben alles, was das Profil der jeweiligen Schule ausmacht. Ärgerlich ist allerdings, dass an keiner Stelle die Quellen genannt werden. Stichproben zeigen, dass man offenbar weitgehend aus den Schulporträts und dem Schulverzeichnis abgeschrieben hat. Da war der Schulführer aus dem Kulturbuch-Verlag korrekter: Dort wurden, was eigentlich selbstverständlich ist, die benutzten Quellen angegeben.

Nach dem gleichen Prinzip werden die staatlich genehmigten bzw. anerkannten Privatschulen vorgestellt. Dafür werden 50 Seiten benötigt. Dafür kann der Schulführer nichts; der erfüllt brav seine Chronistenpflicht. Aber es ist schon sehr eindrucksvoll (neutral formuliert), wenn man sieht, welches Ausmaß die private Schullandschaft inzwischen angenommen hat! Hier wird man wieder ungehalten, denn die scheinbar so neutrale Fleißarbeit lässt abermals Tendenzen durchschimmern. Den Privatschulen wird attestiert, dass viele von ihnen »mit innovativen pädagogischen Konzepten arbeiten« oder »dass es ihnen nicht nur um die Vermittlung von Schulwissen, sondern ebenso um die positive Persönlichkeitsentwicklung ihrer Schüler und die Herausbildung von sozialer Kompetenz« gehe. Aha! An den staatlichen Schulen spielt das offenbar keine Rolle – dieser logische Umkehrschluss wird suggeriert.

Irgendwo kommen auch die Oberstufenzentren vor, hintereinander weg aufgelistet auf vier Seiten. Die berufsbildenden Schulen, die keine OSZ sind, hat man dafür gleich weggelassen. Jetzt könnte ich mich als Berufsbildner aufregen, halte das aber nicht für sinnvoll, wenn ich an die angepeilte Zielgruppe denke. Ein Problem ist allerdings das Erscheinungsdatum. Die Schulstrukturreform läuft; etliche der vorgestellten Schulen werden in Kürze überhaupt nicht mehr existieren. Aber jedes Nachschlagewerk benötigt einen langen Vorlauf und ist zum Zeitpunkt des Erscheinens partiell veraltet. Im nächsten Schuljahr ist auf jeden Fall eine überarbeitete Neuauflage erforderlich.

Fazit: Das Buch kann für suchende Eltern schon hilfreich sein. Natürlich kann kein Schulführer Aussagen darüber treffen, ob die schönen Aussagen über Besonderheiten und Profilbildung mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Aber diese Gewähr habe ich bei einem Campingführer ja auch nicht.

Peter Sinram

Ein Film von Werner Boote



Wenn Sie diesen Film gesehen haben, werden Sie nie wieder aus einer Plastikflasche trinken.



Schulmaterial zum Film auf www.plastic-planet.de.
 Schulvorführungen können in Ihrem Kino vor Ort gebucht werden. Wenden Sie sich bei Fragen auch gerne an uns unter plastic.planet@entertainmentkombinat.de.

Ab 25. Februar im Kino!

Alt bewährt und immer wieder neu

Seit 1972 bietet der Verein »Jugend im Museum« sein Programm an

von Gabriele Schäfer, Jugend im Museum e.V.

Kinder sind Sammler und Entdecker, sie sind Forscher und Bastler. Ihr Bestreben, sich die Welt anzueignen, trifft im Museum auf besonders intensiven Nährboden. Jugend im Museum e.V. bietet Kindern und Jugendlichen im Alter von 4 bis 18 Jahren ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm, das dazu anregt, die Berliner Museen zu entdecken. Inspiriert von den Schätzen der Ausstellungen können sich Kinder in Werkstätten praktisch ausprobieren und lernen, das Gesehene zu verarbeiten und in den Alltag zu integrieren. Dabei werden sie von erfahrenen KursleiterInnen begleitet. Charakteristisch für unsere Arbeit ist die Verbindung von Kunstbetrachtung und Wissensvermittlung in Ausstellungen und eigenem kreativen Handeln in Werkstätten. Dabei gewinnt das künstlerische Experiment immer mehr an Bedeutung. Zu unserem ständigen Programm gehören heute ein umfangreiches Freizeitkursangebot, Ferienkurse und -projekte, kreative Familiensonntage, Kindergeburtstage, Schulprojektstage und -wochen sowie Märchenerzählungen im Museum.

Seit unserer Gründung im Jahr 1972 sind wir uns in vielen Ideen treu geblieben, aber es musste auch einiges überdacht werden. So waren wir immer auf der Suche danach, Themen und Formate zu finden, die Kinder und Jugendliche mit ihren veränderten Lebensbedingungen ansprechen, wobei sie Spaß haben und sich ein Stück der kulturellen Vielfalt der Stadt aneignen können. Dazu gehörte auch, die Kooperationen mit Schulen voranzutreiben. Inzwischen sind zahlreiche und dauerhafte Kontakte zu verschiedenen Schulen entstanden und – zum Teil Hand in Hand – wurden neue Formen und Formate der Zusam-



Berliner Schüler bestücken mit ihren selbst entworfenen Postkarten eine Installation in der Berlinischen Galerie.

FOTO: JUGEND IM MUSEUM / SANINE BAECKER

menarbeit entwickelt. Im vergangenen Jahr führte Jugend im Museum insgesamt 125 Schul- und Kitaprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten durch. Dazu gehörten mehrtägige Projekte, genauso wie Arbeitsgemeinschaften oder dreistündige Projektstage im Museum.

Doch nichts geht ohne unsere großen Partner, die Berliner Museen. Mit Unterstützung der BesucherInnen-Dienste der Staatlichen Museen werden vor allem Projektwochen angeboten, die Kulturen von heute und damals behandeln. Unsere Klassiker sind das Leben in West-Afrika, die Indianer Nordamerikas und Alt-Ägypten. Auch hier ist das praktische Arbeiten mit einem Museumsbesuch eng

verknüpft. Ausgestattet mit den unterschiedlichsten Materialien – das können Ton, Pappe, Holz, Farbe, Dosen, Drähte, Schnüre oder Federn sein – und den entsprechenden Werkzeugen kommen die KursleiterInnen in die Schule und unterstützen die SchülerInnengruppen bei Entwurf und Ausführung eines Bildes oder Objekts. Sollten einmal in der Schule keine entsprechenden Räume zur Verfügung stehen, können wir Ihnen Werkräume des Vereins oder des Museums anbieten.

In der Regel bieten wir für eine Klasse zwei bis drei verschiedene handwerkliche oder künstlerische Techniken an, die das Thema auf ganz praktische Wei-

se begreifen lehren. Am Ende werden die Projekte zusammengefügt. Bei dem im Winter stattgefundenen Projekt »Eisige Zeiten« beschäftigte sich eine vierte Klasse mit dem Leben der Inuits und ging der Frage nach, welche Strategien Mensch und Tier entwickeln, um in der Kälte zu überleben. Während sich die eine Experten-Gruppe im Museum für Naturkunde Anregungen für das Fertigen von Mensch- und Tierfiguren holte, entdeckte die andere im Ethnologischen Museum das Nötige, um eine Kulisse für die Figuren entstehen zu lassen. Die dritte Gruppe entwickelte die Dramaturgie für eine Szenerie mit den fertigen Figuren in der Kulisse, filmte sie mit der Videokamera und konnte im Offenen Kanal Berlin den Film schneiden und senden.

Besonders intensiv ist auch unsere Zusammenarbeit mit der Berlinischen Galerie seit ihrer Neueröffnung vor fünf

Jahren. Getreu nach dem Motto »Wer bis zu seinem 10. Lebensjahr kein Museum von innen gesehen hat, wird auch keines mehr betreten« öffnet der Direktor des Museums, Jörn Merkert, konsequent seine Türen für Kinder und Jugendliche. So konnten wir hier ein speziell auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen abgestimmtes Atelier einrichten, das »Atelier Bunter Jakob«. In einer gelungenen Kooperation mit den drei Partnern, dem sozialpädagogischen Zentrum der Carl-von-Linné-Schule, der Berlinischen Galerie und Jugend im Museum entstand hier das Projekt »Space Flummis«. Das Projekt lief über vier Monate und konnte mit einer Ausstellung im Auditorium der Berlinischen Galerie und einem Fachforum »Was kann Kunst in der Schule?« für Pädagoginnen und Kulturschaffende erfolgreich beendet werden.

Zu unserem ständigen Programm in der Berlinischen Galerie gehören die dreistündigen Projektstage. Für die Klassenstufe 1-3 bieten wir das Projekt »Ich bin groß und du bist klein« oder für die Klassenstufe 4-6 das Projekt »Geheime Rezepturen«, für die Oberstufe »DADAs Universum« an. Zu den Sonderausstellungen werden zudem aktuelle Angebote entwickelt. Noch bis Mitte Februar kann »Unser Berlin 89/09« gebucht werden, das sich auf die Ausstellung »Berlin 89/09 – Kunst zwischen Spurensuche und Utopie« bezieht. ■

Alle aktuellen Angebote finden Sie auf unserer Website: www.jugend-im-museum.de. Lassen Sie sich inspirieren oder wenden Sie sich mit Ihren eigenen Vorstellungen oder Fragestellungen an uns unter der Tel. 030 266 42 22 42. In der Zeit von 9.00 - 14.00 Uhr beantworten wir gern Ihre Fragen!

Interaktive Suchtprävention

Der freie Träger Karuna bietet Projekte für Schulen an

von Oliver Riemer, Karuna e.V.

Lerntheoretischen Erkenntnissen zu Folge werden Informationen, die im Kontext zu positiven Erfahrungen empfangen werden, sicherer abgespeichert. Für die Effektivität suchtpreventiver Bemühungen auf der Verhaltensebene bedeutet dies, dass alleinige Wissensvermittlung zu betreffenden Themen, wie beispielsweise Tabak oder Alkohol, nicht ausreicht. Es empfiehlt sich eine Synthese aus Information und Aktion, ein interaktives Angebot, das aufklärt und Spaß macht. Diese Arbeit leistet KARUNA prevents, Zentrum für interaktive Suchtprävention.

Im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz bietet die Initiative des KARUNA – Zukunft für Kinder und Jugendliche in Not e.V. seit 2005 den Mitmach-Parcours »Rauchst du noch oder lebst du schon?« und seit 2007 »Volle Pulle Leben auch ohne Alkohol!« an. Seit dem ersten Tag nutzten über 40.000 Berliner SchülerInnen diese außerschulischen Angebote. 2009 wurde das Projekt unter der Schirmherrschaft des Bun-

despräsidenten mit dem Preis »Ausgewählter Ort im Land der Ideen« ausgezeichnet und erhielt mehrfach Anerkennung für seine Verdienste auf Landesebene und darüber hinaus auch in anderen Bundesländern.

Der Ablauf ist denkbar einfach: Interessierte LehrerInnen melden ihre Klassen zu einem Besuch in einem der Mitmach-Parcours an. Die Belegung ist jederzeit über die Internetseite einzusehen. Zum vereinbarten Zeitpunkt kommt die Klasse in den Parcours und erhält eine fundierte, moderierte Veranstaltung zu einem der Themen. Den größten Teil des Wissens erarbeiten sich die SchülerInnen jedoch selbst an den einzelnen interaktiven Stationen. Mehrere Wettbewerbe innerhalb des Besuches bei uns sorgen für emotionale Begeisterung der TeilnehmerInnen. Das hilft ihnen dabei, das erlernte Wissen nachhaltig zu speichern.

Eine Projektevaluation der Universität Potsdam aus dem Jahr 2005 stellte einen signifikanten Wissenszuwachs und eine Stärkung des Nichtraucherverhal-

tens fest. »Der Parcours-Besuch trägt maßgeblich zur Festigung des Nichtrauchens bei.« (Uni Potsdam, Institut für Sportwissenschaften, Abschlussbericht der Projektevaluation 2005).

Eine Vorabfrage an die uns besuchenden Klassen und eine interne Prozessevaluation helfen uns bei der ständigen Qualitätskontrolle unserer Angebote. Zu Beginn des Jahres 2010 eröffneten wir einen weiteren Mitmach-Parcours, der die Grundlagen der Suchtprävention, die Stärkung von Lebenskompetenzen, an Hand der Auseinandersetzung mit den alltäglichen Themen Ernährung und Bewegung zum Ziel hat.

Die strukturelle Finanzierung unserer Arbeit trägt anteilig das Land Berlin und der freie Träger der Jugendhilfe KARUNA e.V. Die Veranstaltungen in den Mitmach-Parcours werden über einen Kostenaufwand von 3 Euro pro SchülerIn finanziert. ■

Kontakt: KARUNA prevents, Mauritiuskirchstr.3, 10365 Berlin, Tel. 030/55153329 oder oliver.riemer@karuna-prevents.de oder www.karuna-prevents.de.



Probenfoto vom Stück »Berlin Alexanderplatz«, das am 13. Dezember 2009 in der Schaubühne am Lehniner Platz Premiere hatte. Besprechung siehe unten. FOTO: HEIKO SCHÄFER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

»Gurke oder Banane« von den **Gorillas im Ratibortheater** verknüpft eine Reihe von Improvisationen als Wettbewerb um ein Regiestipendium locker miteinander und hat von daher sowohl klare Struktur wie eine gewisse Gesamtspannung. Die vielen Einzelszenen warten mit immer neuen Überraschungen auf, formal wie inhaltlich, sind durchweg direkt zündend, »kommen an« mit viel Gelächter. Dazwischen aber immer wieder unmittelbare Gegenwart, treffende Bemerkungen, kluges Anspielen von kleinen Alltags- und großen politischen Problemen – wirkungsvolles Theater mit leichter Hand, aber durchaus gewichtig, bedeutungsvoll (ab 15).

»Dritte Generation« ist ein faszinierendes Gemeinschaftsprojekt von **Schaubühne und Habima**, dem israelischen Nationaltheater, in deutscher, arabischer, hebräischer und englischer Sprache, mit israelischen, palästinensischen und deutschen Darstellern und einer Regisseurin aus Israel; ein wichtiges »Brücken«-Projekt zwischen drei Völkern in ihrer politisch-menschlichen Verherberung; besonders aufwühlend als rücksichtslos-persönliches »work in progress«. Schließlich allerdings doch enttäuschend, wenn es nach längerer Tournee

nach Berlin zurückkommt, nur Minimal-Veränderungen aufweist und nicht die Kraft zu einer (künstlerischen, politischen, gruppendynamischen) Entscheidung gefunden hat – oder eine Nicht-Entscheidung klar formuliert. Trotzdem: wichtiges, bewegendes Theater als Zeugnis von und Arbeit an Gegenwart.

Zwispältig auch »Berlin Alexanderplatz«; ein überzeugender Spielraum, große Bilder, kräftig und treffend; frappierend die Äußerungen des Chors von ehemaligen Strafgefangenen, resolute Gegenwart, Eigenenergie. Trotzdem wirken diese Spieler merkwürdig deplatziert – ohne dass die Spannung zum Veranstaltungsort bewusst gemacht, ausgespielt, in ihrer Bedeutung akzentuiert wird. Dann werden sie zu Randfiguren, fast Statisten; mehr und mehr übernehmen die vier professionellen Schauspieler, ohne dass der Roman von Döblin klare Konturen erhält und die Geschichte von Franz Biberkopf in der Dramatisierung richtig klar wird. Auch hier also: wichtig, sehens- und hörensenswert; aber nicht gut und treffend genug (ab 16).

»Der nackte Wahnsinn« – eine Kreativhaus-Inszenierung im **Heimathafen Neukölln** – ein

eher belangloses Stück mit reichlich Klischees zu Frauen und zum Theater – aber mit dem gehörigen Tempo und furiosen Engagement zum großen Gaudi des Publikums gespielt (ab 16).
Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Bachelorstudiengang »Bildung und Erziehung«

Im April 2010 beginnt an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin-Karlshorst der Bachelorstudiengang »Bildung und Erziehung« (berufsin-tegrierend). Das Angebot richtet sich an Fachkräfte in pädagogischen Einrichtungen (ErzieherInnen u.a.), die ihre fachlichen Qualifikationen im Rahmen einer akademischen Ausbildung erweitern wollen. Es eröffnet Fachkräften ohne Abitur einen Zugang zum Studium. Die Lehrveranstaltungen an der Hochschule finden nach einer Einführungswoche in der Regel vierzehntägig jeweils Donnerstag bis Samstag während der Vorlesungszeit statt. Das Studium qualifiziert Früh- bzw. KindheitspädagogInnen für die Organisation und Steuerung von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben, für Konzeptentwicklung und Fachberatung, für Initiierung/Steuerung organisationsinterner Entwicklungsprozesse, für Elternbildung und -beratung, für Leitungs- und Moderationsaufgaben und für Fortbildungs- und MultiplikatorInnen-tätigkeiten. Bei Interesse bitte umgehend anmelden. Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin. Infos über Bewerbungsunterlagen auch unter www.khsb-berlin.de

Kurse des Humanistischen Verbandes

Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde: Bis zum 30. April 2010 besteht die Möglichkeit, sich für das Ergänzungsstudium Humanistische Lebenskunde zu bewerben. Zulassungsvoraussetzung ist der Abschluss des Zweiten Staatsexamens in mindestens einem Fach oder ein als gleichwertig anerkannter anderer Abschluss. Das Ergänzungsstudium kann zu Be-

ginn eines jeden Wintersemesters aufgenommen werden. Der nächstmögliche Studienbeginn ist der 1. August 2010. Der Studiengang dauert in der Regel vier Semester, die Studiengebühr beträgt 300 Euro pro Semester. Freistellungen vom Schulunterricht erfolgen.

Einjährige berufsbegleitende Weiterbildung in Systemischer Pädagogik: Weiterbildung für LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Kita-leiterInnen und FortbildnerInnen in fünf Modulen. Beginn im September 2010, Kosten 500 Euro. Bildungsurlaub kann gewährt werden.

Lehrercoaching – Entspannt und erfolgreich unterrichten: Coaching-Programm für LehrerInnen, FortbildnerInnen und DozentInnen. Beginn im September 2010, Kosten 150 Euro. Bildungsurlaub kann gewährt werden. Nach Terminabsprache auch für Schulgruppen als Kompaktseminar.

Info und Anmeldung: Humanistischer Verband Deutschlands, Ausbildungsinstitut für Humanistische Lebenskunde, Wallstr. 61-65, 10179 Berlin, Tel. 61 39 04 65-68, Fax: 61 39 04 52, E-Mail: lk-institut@hvd-berlin.de Humanistischer Verband Deutschlands, Ausbildungsinstitut

Reflexion über Sprache

Die Deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft veranstaltet am 23. Februar 2010 einen Informationstag für LehrerInnen und ErzieherInnen zum Thema »Sprache vor und in der Schule«. Die Veranstaltung findet ab 14 Uhr in den Räumen der Humboldt-Universität, Dorotheenstraße 24 statt. Anmeldung zu den Arbeitsgruppen und Programm unter http://dgsf.hu-berlin.de/programm_bv.htm

Maimeeting der GEW 2010

Das nächste Maimeeting findet vom 13. Mai bis 16. Mai 2010 (Himmelfahrtswochenende) in Bad Bevensen (südöstlich von Hamburg am Rande der Lüneburger Heide gelegen) im Gustav Stresemann Institut Niedersachsen statt. Es wird wieder eine spannende Mischung aus Workshops, abendlichen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten geboten. Diese von der Gemeinschaftsaufgabe Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit der GEW (gb@) organisierte Veranstaltung der

Bundesebene ist offen für alle Mitglieder sowie deren Partner, Partnerinnen und Kinder. Themen der geplanten Workshops: Wege zu einer individualisierenden Lernkultur. – Von Schweden nach Deutschland?/Aufklärung und Vernunftkritik heute – eine Ermunterung zum Weiterdenken/Weibliche Souveränität/Bewegungstraining/Soziale Netzwerke im Internet für die Gewerkschaftsarbeit nutzen/Kinderarbeit weltweit.

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 82 Euro, Nichtmitglieder/Partner zahlen 132 Euro, Kinder je nach Alter. Die GEW-Bundesebene übernimmt die Kosten für die Unterbringung plus Vollpension sowie für die Workshops. Die Fahrtkosten sowie die Kosten für Freizeitgestaltung müssen selbst getragen werden. Verbindliche Anmeldungen sind ab sofort unter Angabe eines Workshop (Erst- und Zweitwunsch) unter www.gew.de/Maimeeting2010.html möglich. Dort gibt es auch das ausführliche Programm. Anmeldeabschluss ist der 5. März 2010 bzw. sobald alle Plätze vergeben sind.

AKTIVITÄTEN

90 Jahre Grundschule

Noch bis zum 16. April 2010 wird im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung eine Ausstellung zur Geschichte und Entwicklung der Grundschule anhand ausgewählter Exponate dokumentiert und illustriert. Ort: Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung (BBF), Warschauer Str. 34-38, 10243 Berlin. Internet: <http://www.bbf.dipf.de>

Vom Punkt zum Bild

Im Museum für Kommunikation ist noch bis zum 11. April die Ausstellung »Auf den Punkt gebracht« zu sehen, die Geschichte, Techniken und die Bedeutung der Bildreproduktion zeigt: von den manuell-künstlerischen Vorläufern moderner Reproduktionstechniken über die Lithografie und den Offsetdruck bis hin zur computergestützten Bildervielfältigung.

Sag, was war die DDR?

Im Kindermuseum des FEZ Berlin wird noch bis zum 31. März 2010 die interaktive Ausstellung »Sag, was war die DDR?«

gezeigt. Auf der Basis von originalen Tagebüchern von Kindern und Jugendlichen aus der DDR wird mit interaktiven Stationen ein unmittelbarer Einblick in das Leben der Menschen in der DDR vermittelt. Fakten und wichtige historische Ereignisse in der DDR sowie in der Welt sind in der Ausstellung anschaulich dargestellt und stehen den persönlichen Ansichten gegenüber. Infos und Anmeldung unter www.fe-z-berlin.de

Wanderausstellung

»Tatmotiv Ehre«
Ab dem 8. März ist im Rathaus Spandau (Carl-Schurz-Straße 2-6) die Wanderausstellung »Tatmotiv Ehre« zu sehen: 18 Stellwände mit Fotos und Texten über die Lage bedrohter Frauen und die Veränderung der traditionellen Frauenrolle. Anmeldung für Schulklassen über Eulalia Eigensinn zwischen 10 und 14 Uhr unter Tel. 335 11 91.

Deutscher Jugendfotopreis

Noch bis zum 10. März 2010 können Hobbyfotografen bis 25 sich für den Deutschen Jugendfotopreis bewerben. Die Fotos können per Post oder über das Internet eingeschickt werden. Die Hauptpreise sind mit 500 Euro dotiert, insgesamt winken Preise im Wert von 14.000 Euro und die Präsentation der Bilder auf der Photokina. Weitere Informationen unter www.jugendfotopreis.de

WHY?

BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSELER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG nach VEREINBARUNG
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEOFFNET
von 16.00 - 20.00 UHR

Eintritt frei

Mehr Recyclingpapier an den Schulen

Mit dem Wettbewerb »Recyclingpapier-Champions« will die Initiative Pro Recyclingpapier den Einsatz des umweltfreundlichen Papiers an Schulen fördern. Gesucht werden Ideen, die das zum Ziel haben. Bis Mitte März 2010 können Schulklassen, Arbeitsgruppen oder einzelne

Schüler aller Altersgruppen ihre Ideen entwickeln und einschicken. Teilnahmeformulare und näherer Erläuterungen zum Wettbewerb gibt es online unter www.energiesparmeister.de/recyclingpapier.html Der Wettbewerb wird gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. Die Sieger werden von einer Expertenjury ausgewählt. Der

ANZEIGEN

Von hier an geht es aufwärts!

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

HOTLINE: 07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen

Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeAKK

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

Probleme mit Alkohol
oder anderen Süchten, sowie beruflicher Belastung
Erfahrener Sucht- und Familientherapeut unterstützt Sie beim Ausstieg und Ihrem persönlichen Klärungsprozess
Auch Angebote zur Suchtprävention für Schulklassen
e-mail: ralf_hepprich@yahoo.de
Tel.: 0176 40 28 28 53

SUPERVISION
Einzel, Gruppe oder Team
Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin, Supervisorin (DGSV*)
A. Werner, Berlin-Tiergarten
Tel. 030-344 59 44, alwWer@web.de

Erschöpft?
Migräne
Rücken
Gelenke
Infekte
beihilfefähig

NaturaMed Vitalclinic
Ursachendiagnose
Schnupper- und Seniorenwoche
0 75 24. 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de

Attraktive Pauschalangebote!
NaturaMed ...wir bringen Sie wieder in Schwung!

Supervision
Gruppen Teams Einzelpersonen

Wolfgang Witte
Supervisor (DGSV/SG) Pädagoge M.A.
Fon: 030 - 3241461
Email: wolfgang.witte@berlin.de
Web: www.wolfgang-witte.com

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN

Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Institut für Gruppendynamik

Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Fortbildungen 2010

Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?

- Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
- Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
- Rede- und Präsentationstraining

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

erste Platz ist mit 2.500 Euro, der zweite mit 1.500 und der dritte mit 500 Euro dotiert. Für Platz 4 und 5 gibt es Schulmaterialien im Wert von 250 Euro.

Band für Mut und Verständigung

Seit 1993 wird jährlich das »Band für Mut und Verständigung« verliehen – ein Preis für BürgerInnen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für die interkulturelle Verständigung stark gemacht haben. Bis zum 1. März 2010 können unter www.respekt.dgb.de beim Menüpunkt »Ausschreibung« Vorschläge eingereicht werden. Vorgeschlagen werden können Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen aus Berlin und Brandenburg. Das Band wird verliehen vom »Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit«, in dem sich Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Integrationsbeauftragte und die beiden Regierenden von Berlin und Brandenburg zusammengeschlossen haben.

LotsInnen bauen Brücken

Es gibt in Berlin eine Reihe von Projekten, die Eltern mit Migrationshintergrund den Weg in die Schule und andere für die Entwicklung der Kinder wichtige Einrichtungen erleichtern wollen. Die Stadtteilmütter zum Beispiel, die es inzwischen in mehreren Bezirken gibt, sind recht bekannt. Aber es gibt auch eine Fülle wei-

tere Unterstützungsangebote in Berlin. Die meisten leider nur mit Projektförderung und nicht mit Regelförderung. Der Landesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten (LAMA) sammelt Hinweise auf Projekte, die die Zusammenarbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund unterstützen, und hat auf der Internetseite der GEW BERLIN (www.gew-berlin.de) eine Liste zusammengestellt. Kontakt zum LAMA über Monika Rebitzki: monika.rebitzki@t-online.de. Hinweis: Auf der Internetseite des Wohlfahrtsverbandes DER PARITÄTISCHE www.paritaet-berlin.de gibt es unter »Mediencenter« und »PARITÄT 3/08« Kurzbeschreibungen von über 20 solcher Projekte.

MATERIALIEN

Identität(en) in der Kinder- und Jugendliteratur

Gerade herausgekommen ist ein neues Heft der Jugendliteraturzeitschrift »kjl&m forschung.schule.bibliothek« (ein Produkt der AJuM der GEW, das frühere »Beiträge Jugendliteratur und Medien«) zum Thema »Ich! Identität(en) in der Kinder- und Jugendliteratur«. Auf über 200 Seiten beleuchten dreißig AutorInnen Identitätsperspektiven und -konzepte, verfolgen historische Ausprägungen und verdeutlichen praxisorientierte Positionen für den Literaturunterricht und die außerschulische Arbeit. Der Band kostet 18,80 Euro und ist im Verlag kopaed (München) erschienen. Bestellungen über www.kopaed.de

Broschüre zur Kindeswohlgefährdung

Der Landesjugendring hat die Broschüre »Was tun bei (Verdachts-)fällen von Kindeswohlgefährdung im Jugendverband?«

erstellt. Sie soll Mitarbeiter in Jugendverbänden unterstützen, im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen und fachlichen Standards zu handeln. Erschienen im Januar 2010 und erhältlich über den Landesjugendring unter www.ljrberlin.de

INTERNET

<http://senioren-studium.de/> gibt Informationen über Möglichkeiten für SeniorInnen, sich als GasthörerInnen an den Universitäten in Deutschland einzuschreiben.

<http://www.gegenblende.de> Der Deutsche Gewerkschaftsbund will mit dem neuen Online-Magazin »Gegenblende« eine Lücke in der politischen Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft schließen, die vormals von den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« besetzt wurde.»Gegenblende« soll die konstruktive Auseinandersetzung zwischen gewerkschaftspolitischer Praxis und wissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung stärken. In der ersten Ausgabe geht es um die Herausforderungen, die aus der Krise insbesondere für die Politik in Deutschland resultieren. Die Krisendiskussionen aus dem DGB-Debattenblog »Diskurs« können hier in drei kompakten Ausgaben eingesehen werden.

www.naturfreundejugend-reisen.de bietet für Kinder und Jugendliche von 8 bis 19 Jahre eine Reihe von Reisen in den Sommer- und Herbstferien an. Unter anderem ein »Feministisches Mädchencamp« und ein »Linkes Sommercamp«, aber auch »Schminke, Stockbrot, Badespaß« für Kinder am Fleesensee.

www.dokumentartheater.de

Das Dokumentartheater bietet unter dem Titel »Gesichter des Krieges« eine Führung mit szenischer und dokumentarischer Lesung von unterschiedlichen Kriegserinnerungen durch eine unter Denkmalschutz stehende Bunkeranlage aus dem Jahr 1941. Ab 5. März jeweils am ersten und 2. Freitag im Monat um 20 Uhr. Eintritt 12 Euro, nur mit Anmeldung.

SENIOREN

11. Februar: Rechtsanwalt Luckow informiert über Patientenverfügung und Betreuung. Um 14 Uhr im GEW-Haus.

11. Februar: Führung im Hugenottenmuseum im Französischen Dom. Treffpunkt um 14 Uhr vor dem Museumseingang.

23. Februar: Herr Weber von der Mietergenossenschaft führt um 11 Uhr durch das Mehrgenerationenhaus in der Gundelfinger Straße 10 in Karlshorst.

23. Februar: Gemütliche Runde zum Frauentag. Um 10 Uhr im Café Sibille, Karl-Marx-Allee 72-74.

3. März: Gespräch mit Frau Behlicke, Leiterin des Schulamtes Friedrichshain-Kreuzberg. Treffpunkt um 10 Uhr vor dem Rathaus Friedrichshain, Frankfurter Allee 35-37.

8. März: Internationaler Frauentag mit Überraschungen um 10 Uhr in der Seniorenfreizeitstätte Am Friedrichshain 15/ Ecke Bötzowstraße.

11. März: Frau Dorbrand referiert anlässlich des Internationalen Frauentages über Eva Strittmatter. Um 14 Uhr im GEW-Haus.

ANZEIGEN

PFINGSTFERIEN

Nordic-Walking-Gruppenreise nach Rügen
Für Einsteiger und Fortgeschrittene
Kurse und Übungslauf im Grunewald
Kursgebühr
wird von den gesetzl. Kassen bezuschusst.
Info: manfredgeis@arcor.de
Fon: 030 - 8 91 18 47

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

| | |
|--|------------|
| Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 209,- |
| Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 199,- |
| Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 199,- |
| Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ... | ab € 359,- |
| Oder Österreich ... Holland | |

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 · 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 030-303083-6



MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE
 von 8 - 74 Sitzplätzen mit
 Aircondition, Video, Küche, WC,
 Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
 Ihr Partner mit über 20 Jahren
 Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal
 mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
 www.primaklima.de
 Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 pkr-bus@bln.de

Die Klassenfahrtseite
 jede Woche neue Angebote
www.schulfahrt.de
 Tel. 0 35 04/64 33-0



GRENZENLOS REISEN
Busse für jede Gelegenheit
 Stadtrundfahrten
 Gruppenreisen
 Klassenfahrten
 Firmenservice
 Transfers

Grenzenlos Reisen
 Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
 Fon: 0 30-43 00 48 0
 Fax: 0 30-43 00 48 79

Locke-Service-Büro
 Ostgalizien Radwanderung ab 850 EUR
 Korsika GR20 Wanderung ab 890 EUR
 Madeira Wandern 10 Tage ab 1360 EUR
 Gomera Wandern & Relaxen ab 1709 EUR
 Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
 Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
 12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

BARCELONA & COSTA BRAVA
PREISHIT!
 8 Tage Busreise ab **153 €**
 Gruppen- und Studienreisen GmbH
 Tel. 05261 2506-88 | buttler@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de



REAL-TOURS S.R.L.
 Tel. 00 39/05 47/67 27 27
 Fax 00 39/05 47/67 27 67
 Via Bartolini, 12
 47042 Cesenatico / Italia
 www.real-tours.de
 24 h online buchen
 E-Mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2010
 NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
 z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
 Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP
 Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent,
 nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris,
 nach London.
 Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten
 Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009/2010.
 Weitere Informationen auch bei:
 R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
 Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS
 Das bestgelaunte Bus- und Reisetem! GmbH
 www.busart-tours.de Württembergallee 2 | 14052 Berlin
 info@busart-tours.de Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
 35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**
 Bei Umschuldung Raten bis 50% reduzieren
 www.ak-finanz.de **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen**
 Telefon: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei **Tel. 0800/1000 500**

Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de
 supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € günstige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., ab *5,99% effektiver Jahreszins, Lfz. 12 J., ab *5,75% effektiver Jahreszins auch günstig an Angestellte ab 5 Jahre i.o.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

KLINIK
 www.klinik-nikolassee.de



NIKOLASSEE
 Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- posttraumatische Belastungsstörung
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!
 Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ 030 / 803 09 10
 Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

| | | | |
|----------|-----------|--|---------|
| 08. FEB. | 18.00 Uhr | FG Sonderpädagogik | Raum 47 |
| 09. FEB. | 19.00 Uhr | AG Schwule Lehrer | Raum 47 |
| 10. FEB. | 17.00 Uhr | AG Frieden | Raum 47 |
| 11. FEB. | 17.00 Uhr | Arbeitslosenausschuss | Raum 34 |
| 16. FEB. | 18.00 Uhr | FG Soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung | Raum 34 |
| 17. FEB. | 10.00 Uhr | Senioren Ausschuss | Raum 33 |
| 22. FEB. | 18.00 Uhr | FG Sonderpädagogik | Raum 47 |
| 23. FEB. | 16.00 Uhr | AG Gesundheitsschutz | Raum 33 |
| | 19.00 Uhr | Abt. Berufsbildende Schulen | Raum 33 |
| | 19.00 Uhr | LA Multikulturelle Angelegenheiten | Raum 34 |
| 24. FEB. | 15.00 Uhr | Junge Alte | Raum 34 |
| | 17.00 Uhr | Junge Alte Singegruppe | Raum 34 |
| | 19.00 Uhr | FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit | Raum 34 |
| 25. FEB. | 18.30 Uhr | Abtl. Wissenschaft | Raum 33 |

13 = 12 - WENIGER ZEIT - GLEICHE QUALITÄT?

Fachtagung und der Fachgruppe Gymnasium am **8. März 2010** von **8.30 Uhr bis 16 Uhr** im GEW-Haus. Impulsreferate: Ruby Mattig-Krone (Landeselternausschuss) und Wolfgang Harnischfeger (ehemaliger Schulleiter). Anschließend AGs und Diskussion mit Christina Rösch, Referentin für Gymnasialfragen im SenBWF.

HELFFEN NUR NOCH STEUERSENKUNGEN UND »GÜRTEL-ENGER-SCHNALLEN«?

Die AG Bildungsfinanzierung in der GEW BERLIN setzt ihre Veranstaltungsreihe zur Wirtschafts- und Finanzpolitik fort: Diskussion mit Dr. Kai Eicker-Wolf, wirtschaftspolitischer Referent beim DGB. **Mittwoch, 3. März 2010** im GEW-Haus in der Ahornstraße um 17 Uhr, Raum 31/32.

WIE MÜSSTE EINE MODERNE BERUFAUSBILDUNG AUSSEHEN?

Das Oberstufenzentrum Bürowirtschaft und Dienstleistungen veranstaltet am **11. und 12. März** eine Lernkonferenz. Programm und Anmeldung unter www.oszbwd.de

BILD DES MONATS

FOTO: K.-D. GABBERT/DPA, MONTAGE: K.P. BÖRTZLER

